

# Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Deutscher Realschullehrer  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Ausgabe 3/2013

Auf die **Fachlehrerinnen** und  
**Fachlehrer** kommt es an!



VDR-Justiziarin  
Dufeu zu  
Facebook & Co.

**Reale Bildung ist unverzichtbar:** AZ-Interview mit Bernd Karst  
**Realschule plus:** Versorgungsdefizit  
**Rechtschreibung:** Niedergang einer Kulturtechnik?  
**Studienseminare:** Qualifizierte Ausbildung unverzichtbar  
**KlarText Inklusion:** Vorsicht „Herzensangelegenheit“!

## Liebe Leserinnen und Leser,



die Feststellung „Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel“ ist Ihnen sicherlich bekannt, denn zahlreiche Politiker und Experten nutzen diese Phrase ausgiebig, und häufig wird sie noch um Mahnungen und Appelle wie „Unsere Gesellschaft/Politik/Wirtschaft muss sich dieser Herausforderung stellen“ oder „Schule und Unterricht müssen angesichts des gesellschaftlichen Wandels neu gedacht werden“ ergänzt. Sie kennen das! Wenn Sie nun an die Schulentwicklung – Stichwort „Schulstrukturreform“ – der vergangenen Jahre zurückdenken, dann sind mit diesem „Wandel-Hinweis“ unzählige Veränderungen angestoßen worden. So er-

hielt beispielsweise im Fachunterricht die Vermittlung und das Training von Schlüsselkompetenzen absoluten Vorrang vor der Wissensvermittlung, weil angeblich Wissen in einer technologisch gewandelten Gesellschaft unbegrenzt verfügbar sei. Warum der qualitative Fachunterricht nun doch nicht überkommen ist und die Einstellung dazu sich gerade zurückwandelt, erfahren Sie im Titelbericht dieser Ausgabe.

Es gibt viele Beispiele dafür, dass vermeintliche pädagogische und didaktische Erneuerungen nicht das halten, was sich einige Experten davon versprochen haben. Die Rechtschreibreform zählt ebenso dazu wie die Methode „Lesen durch Schreiben“. Lesen Sie in unserem Interview, welche massiven Bedenken Grundschulrektor Josef Hulten hätte, „wenn die Reichen-Methode „Lesen durch Schreiben“ sich noch stärker in Rheinland-Pfalz verbreiten würde.“

Augenblicklich steht unsere rheinland-pfälzische Bildungslandschaft vor einem tiefgreifenden Wandel: Mit einer Schulgesetznovelle und dem dort grundgelegten „vorbehaltlosen Elternwahlrecht“ will die Landesregierung Inklusion in der Schule umsetzen. Was sich auf dem Papier schön liest, kann in der Realität nur dazu führen, dass Inklusion zu Frust und Enttäu-

schungen führt. Auch in Rheinland-Pfalz ist kaum spürbar, dass Inklusion die „Herzensangelegenheit“ so vieler namhafter Landespolitiker sein soll. Der VDR redet und schreibt beim Thema Inklusion auch in dieser Ausgabe KlarText!

Liebe Leserinnen und Leser, der gesellschaftliche Wandel darf nicht dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte sich in einem permanenten Experimentierfeld von pädagogischen oder gar gesellschaftspolitischen Moderscheinungen bewegen. Vermeintliche Innovationen und Modernisierungen sind nicht um ihrer selbst Willen wertvoll. Sie müssen in der schulischen Praxis einen erfahrbaren Mehrwert für alle Betroffenen haben.

Der VDR ist stets offen für Erneuerungen sowohl in Bezug auf Schule als auch auf uns als Verband. Dabei gilt es jedoch die Balance zwischen Bewährtes bewahren und Neues zulassen immer neu zu finden.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen, liebe Leserinnen und Leser, einen guten Start ins neue Jahr.



### Impressum

#### Herausgeber

VDR Verband Deutscher  
Realschullehrer  
Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V.

#### Landesvorsitzender

Bernd Karst  
Grolsheimer Weg 5  
55411 Bingen  
Tel: 0 67 21 / 99 49 99  
karst.bernd@vdr-rlp.de

#### Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid  
Tel: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 32 12 / 965 73 31  
landeskassierer@vdr-rlp.de

#### Redaktion

Michael Eich  
Trifelsstraße 1a  
76751 Jockgrim  
Tel: 0 72 71 / 12 92 74  
eich.michael@vdr-rlp.de

#### Layout

Daniela Boudgoust  
www.bizzdesign.de

#### Auflage

5.000 Stück

#### Druck

flyeralarm GmbH, Würzburg

#### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

#### Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

#### Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (eich.michael@vdr-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Januar 2012.

## Ein „Weiter so!“ kann es so nicht geben

In seinem im September 2013 bei Rowohlt erschienenen Buch „Helikopter-Eltern“ hält der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, ein Plädoyer gegen den Förderwahn, gegen Überbehütung und Verwöhnung. „Sie spielen ihren Babys Mozart vor, bringen ihre Schulkinder bis zur Klassentür und wählen für sie die passende Uni aus: Aus Angst, etwas falsch zu machen oder zu versäumen, schweben immer mehr Eltern einer militärischen Eingreiftruppe gleich über ihren Kindern – bereit, bei den kleinsten Unwägbarkeiten herbeizustürmen und alles ins Lot zu bringen. Die Folge: Die Kinder werden unselbstständig, unengagiert und maßlos anspruchsvoll.“

Helikopter-Eltern meinten es besonders gut, erklärt Josef Kraus, und er verwendet weitere Sprachbilder aus dem technischen Bereich, wie „Airbag-Eltern“, die „die Zimmer ihrer Kinder an allen Ecken und Kanten mit Schaumgummi ausstaffieren – oder sie von vornherein in ein Aufprallkissen verpacken.“ Schließlich befürchtet der Autor, dass Kindern in der „Gluckenfalle“ eine wichtige Mitgift für das Leben vorenthalten werde, nämlich die Grundausstattung zur Bewältigung ihrer Zukunft.

Josef Kraus ist Leiter eines Gymnasiums. Die vielen Beispiele, die er „aus dem Nähkästchen“ eines Lehrers anführt, sind allerdings alles andere als schulartspezifische Phänomene. Eltern, die ihrem Kind ohne genauere Kenntnisse der Umstände die Diagnose „Mobbingopfer“ ausstellen, oder jene, die ständig auf der Jagd nach Gutachten sind, die ihrem Kind ADHS, Legasthenie oder unentdeckte Hochbegabung attestieren, gibt es an allen Schularten.

Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Beispiele und Formen extremer Vernachlässigung von Kindern mit weitreichenden Folgen. Deren Eltern nehmen selten schulische Gesprächs- und Unterstützungsangebote in Anspruch. Oft treten sie erst dann mit der Schule in Kontakt, wenn sie mit pädagogischen Maßnahmen nicht einverstanden sind – und zu-

nehmend wählen sie dann nur noch den indirekten Weg über einen Rechtsanwalt. „Einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge haben mehr als drei Viertel aller Lehrer Erfahrungen mit Eltern, die mit der Erziehung überfordert sind – und deren Kinder dann die Lehrer überfordern.“ (Sabrina Ebtsch: Warum Bildung ohne Erziehung nicht funktioniert, in: [www.sueddeutsche.de/Bildung](http://www.sueddeutsche.de/Bildung) vom 10. September 2013)

Viel zu viel Fürsorge, das ist die eine Seite der Realität. Mangelnde Fürsorge die andere. Für beide Fälle gilt: Schule kann elterliche Erziehung nicht ersetzen.

Der Bonner Kinderpsychiater Dr. Michael Winterhoff befürchtet, dass Lehrer immer weniger Erfolg haben, weil sie immer mehr Schüler vor sich sitzen haben, die sie eigentlich nicht unterrichten können. „Alles, was sie gelernt haben und was sie können, funktioniert oft nicht mehr. Dies ist eine psychische Belastung. Sie haben es zudem mit Politikern zu tun, die diese Problematik gar nicht sehen, aber ständig neue Reformen anstoßen. (...) Und wenn wir das jetzt noch viele Jahre so machen, dann werden wir kaum noch Lehrer gewinnen können, die diesen Kindern helfen wollen.“ (Michael Winterhoff im Gespräch mit Michael Eich, Timo Lichtenthäler und Martin Radigk. In: *Reale Bildung in Rheinland-Pfalz*, Ausgabe 1/2013, S. 70f.).

Um nicht missverstanden zu werden: Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus ist in den überwiegenden Fällen gut und vertrauensvoll. Ebenso ist das Verhalten der meisten Schüler grundsätzlich positiv. Auffällig hingegen sind die zunehmenden „Problemfälle“ in bislang ungewohntem Ausmaß. Wie kann der Lehrer mit den vielen unterschiedlichen „Störungsbildern“ seiner Schüler umgehen? Wie kann der Lehrer den Unterrichtsalltag bewältigen – zum Besten der Kinder, aber auch mit Blick auf seine eigene Gesundheit und Berufszufriedenheit?

Schulen brauchen mehr Unterstützung, Schulen brauchen eine breit gefächerte



te Professionalität – kurzfristig und vor Ort. Lehrer sind Pädagogen mit einem fachwissenschaftlichen Studium. Sie sind weder Psychologen, noch Therapeuten, geschweige „Allrounder“. Schulen haben sich verändert. Ein „Weiter so!“ kann es daher so nicht geben. Der vom VDR in Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat initiierte Runde Tisch hat einige Empfehlungen erarbeitet. An konstruktiven Verbesserungsvorschlägen mangelt es folglich nicht, jedoch an der Bereitschaft, sie politisch umzusetzen.

*Bernd Kamm*

# Inhalt der Ausgabe 3/2013

**Titelthema**

**IQB-Ländervergleich: Auf die Fachlehrerinnen und Fachlehrer kommt es an** ..... 5

**Bildungspolitik**

Pinnwand ..... 9

Hamburgs wundersame Abiturientenvermehrung ..... 10

Deutschland hat niedrigste Jugenderwerbslosenquote der EU ..... 10

Online-Umfrage: Wie bewerten Kinder unsere Schulen? ..... 11

Bildungsindikatoren im Ländervergleich: Ausgewählte Kernaussagen ..... 11

Rheinland-pfälzischer Wissenschaftler warnt vor „Inklusionsideologie“ ..... 11

dbb rheinland-pfalz: öffentlichen Dienst stärken ..... 12

**VDR-Verbandsarbeit**

Im Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion: „Inklusion ist das Zukunftsthema“ ..... 13

Im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion: Die Qualität der Bildung muss Vorrang haben ..... 14

**Schule in RLP**

Pinnwand ..... 15

Bernd Karst im Interview mit der AZ: Reale Bildung ist unverzichtbar ..... 16

Treffen der PhV/VDR-Personalvertreter in den Stufenvertretungen der Integrierten Gesamtschulen ..... 17

Termine ..... 17

**Schulgesetzänderung:**

Freies Wahlrecht auf inklusiven Unterricht? ..... 18



VDR-Pressemitteilung zur Inklusion: Vorbehaltloses Elternwahlrecht setzt vorbehaltlose Unterstützung der Förder- und Schwerpunktschulen voraus ..... 20

Landeselternbeirat hat sich neu konstituiert ..... 21

Unterrichtsversorgung: Realschule plus verzeichnet höchstes Versorgungsdefizit ..... 22

Unterrichtsversorgung: Radio-Interviews ..... 23

**Beruf Lehrer**

Pinnwand ..... 24

VDR-Pressemitteilung: VDR gegen Anhebung der Regelaltersgrenze in den Ruhestand ..... 24

Bernd Karst trifft John Hattie ..... 25

**Lehrerbildung**

VDR begrüßt Pilotprojekt für Lehrkräfte beim Berufseinstieg ..... 26

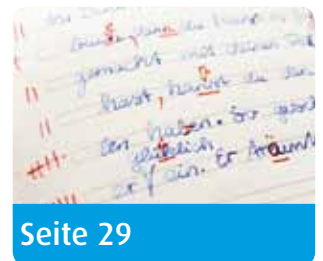
Die qualifizierte Ausbildung in unseren Studienseminaren ist unverzichtbar ..... 26

**Unterrichten Pädagogik, Didaktik und Methodik**

Pinnwand ..... 28

**Rechtschreibung:**

Vom Niedergang einer Kulturtechnik ..... 29



Dr. Peter Bung im Gespräch mit Josef Hulten und Michael Eich ..... 31

**VDR-Bezirke**

VDR'ler auf den Spuren der Wittelsbacher am Rhein ..... 34

Fortbildung für Schulpersonalräte ..... 35

Lehrer in sozialen Netzwerken ..... 36

Dix/Beckmann: Mythos Welt ..... 37

**Kurz notiert: Termine, Service und Internes**

Geburtstagswünsche ..... 38

VDR-Handbuch aktualisiert ..... 39

Nachrufe ..... 40

Leserbrief ..... 41

VDR-Beitrittserklärung ..... 43

**KlarText!**

Die Kolumne ..... 42





## ► IQB-LÄNDERVERGLEICH



## Auf die Fachlehrer und Fachlehrerinnen kommt es an!

Die im Oktober 2013 veröffentlichten Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs 2012 in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern werden von Bildungspolitikern unterschiedlich interpretiert. Sie zeigen jedoch unumstritten die Bedeutung fachlich qualifizierten Unterrichts.

Die Untersuchungen des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich (IQB) der Berliner Humboldt-Universität fanden im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) statt. Sie orientieren sich an den von der KMK verabschiedeten Bildungsstandards für den Sekundarbereich I.

Nach dem Ländervergleich 2009 zu den sprachlichen Kompetenzen stehen im Ländervergleich 2012 erstmalig differenzierte Informationen über den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler im Fach Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern Physik, Chemie und Biologie am Ende der Sekundarstufe I zur Verfügung. Zur Sicherstellung der

internationalen Anbindung wurden die Daten des jetzt vorgelegten Ländervergleichs in Verbindung mit den Tests zu PISA 2012 im Mai/Juni 2012 gegen Ende der 9. Klasse erhoben. Auf eine engere Orientierung an der Lehrplanwirklichkeit und der Unterrichtspraxis wurde geachtet. Im Fach Mathematik wurden die globale Kompetenz sowie fünf inhaltsbezogene Kompetenzen und in den naturwissenschaftlichen Fächern jeweils die Kompetenzbereiche „Fachwissen“ und „Erkenntnisgewinnung“ erfasst (siehe Beispielaufgaben im Kasten auf Seite 6).

Am IQB-Ländervergleich 2012 haben sich über 1.300 Schulen der Sekundarstufe I aus allen 16 Bundesländern beteiligt. Pro Schule wurden ein bis zwei Klassen getestet. Insgesamt haben etwa 45.000 Schülerinnen und Schüler an den Tests teilgenommen. In Rheinland-Pfalz waren es 2.782 Schüler aus 78 Schulen, und zwar aus 30 Gymnasien, 27 Realschulen plus, fünf Realschulen, neun Integrierten Gesamtschulen, drei Hauptschulen sowie vier Förderschulen.

### Beispielaufgaben Mathematik

#### „Zapfsäule“

Eine Tanksäule informiert die Kunden mit dem Aufkleber „Je Euro 73 Cent Steuern“ über die Steuerbelastung beim Benzinpreis. Wieviel Steuern erhält der Staat, wenn diese Tanksäule einen Preis von 58,51 Euro anzeigt?

A) 15,80 € B) 34,47 € C) 42,71 € D) 73,00 € E) 90,45 €

Antwort: C) 42,71 €

#### „Tankanzeige“

Der Tank des Autos von Herrn Müller fasst laut Hersteller maximal 55 Liter. Die Tankanzeige zeigt an, dass der Tank nur noch zu einem Achtel gefüllt ist. Das Auto hat einen durchschnittlichen Benzinverbrauch von 7,5 Litern pro 100 Kilometer. Erreicht Herr Müller noch die nächste Tankstelle, die 60 Kilometer entfernt ist?

Antwort: ja – 4,5 l Benzin notwendig, 6,875 l im Tank

#### Weitere Beispielaufgaben unter:

[www.iqb.hu-berlin.de/laendervergleich/lv2012/Beispielaufgaben](http://www.iqb.hu-berlin.de/laendervergleich/lv2012/Beispielaufgaben)

- In den ostdeutschen Ländern werden trotz hoher Gymnasialbeteiligungsquote von den Gymnasiasten überdurchschnittliche Leistungen erzielt.
- Der Bildungserfolg ist in allen Ländern signifikant an die soziale Herkunft und den Zuwanderungshintergrund gekoppelt.
- Wie in früheren Schulleistungsstudien erreichen Jungen auch im Ländervergleich 2012 in Mathematik signifikant höhere Werte als Mädchen. In den naturwissenschaftlichen Kompetenzbereichen hingegen erzielen Mädchen im Mittel höhere Werte als Jungen.

#### Bewertungen

In den rheinland-pfälzischen Werten sieht Bildungsministerin Doris Ahnen „ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis und ein schönes Kompliment für das Engagement, die Förderung und die Anstrengungsbereitschaft in unseren Schulen“, denn es wurden „durchweg Punktwerte ermittelt, die über dem bundesweiten Durchschnittswert liegen.“<sup>2</sup>

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Bettina Dickes warnt allerdings vor einer falschen Selbstzufriedenheit. In nahezu allen geprüften Fächern liege Rheinland-Pfalz lediglich im Bundesdurchschnitt. Die Abweichungen seien statistisch nicht signifikant. Erfolgreich seien die Länder, so Dickes, die viel Wert auf das Fachlehrerprinzip und auf eine Lehrerbildung mit fachwissenschaftlichem Schwerpunkt legen.<sup>3</sup>

Beunruhigend ist, dass die Leistungsunterschiede so groß sind. „Von einer Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse kann nicht mehr die Rede sein, wenn die Schüler eines Bundeslandes bis zu 2,5 Schuljahre hinter den Mitschülern in den leistungsstärkeren Ländern zurückliegen. Nicht wenige Neuntklässler bleiben schlicht auf dem Niveau eines zehnjährigen Grundschülers stehen, und das ein ganzes Leben lang, wie die Pisa-Studie für Erwachsene gerade gezeigt hat.“<sup>4</sup>

Überrascht hat, dass in den vier ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit hoher Gymnasialbeteiligungsquote die Ergebnisse der Gymnasiasten nicht schlechter sind als in Ländern mit einem geringen Gymnasiastenanteil. In früheren Studien waren wachsende Gymnasialquoten mit fallenden Durchschnittsleistungen einhergegangen.

Während manche Kommentatoren den Erfolg der ostdeutschen Länder mit der dort häufig bestehenden Zweigliedrigkeit begründen<sup>5</sup>, sehen andere die Ursache in der deutlich geringeren Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern. „Der Westen hat es... mit einer zum Teil schwierigen Migrantenklientel zu tun, während

#### Zentrale Befunde<sup>1</sup>

(vgl. auch Tabelle auf Seite 7)

- Im Fach Mathematik liegen die erreichten Kompetenzstände der Neuntklässlerinnen und Neuntklässler in den Ländern Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Bayern und Sachsen-Anhalt signifikant oberhalb des Mittelwerts für Deutschland.
- Schülerinnen und Schüler in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erzielen in allen drei, in Bayern und Rheinland-Pfalz in zwei naturwissenschaftlichen Fächern Ergebnisse, die signifikant oberhalb des deutschen Gesamtdurchschnitts liegen.
- Im Fach Mathematik erreichen bundesweit 44 Prozent aller Schülerinnen und Schüler ein Jahr vor dem angestrebten Abschluss die von der Kultusministerkonferenz festgelegten Regelstandards für den Mittleren Schulabschluss (MSA). 75 % aller Neuntklässlerinnen und Neuntklässler erreichen die für den Hauptschulabschluss (HSA) festgelegten Regelstandards.
- In den naturwissenschaftlichen Fächern Biologie, Chemie und Physik zeigt sich über alle Länder hinweg, dass die MSA-Regelstandards je nach fachlicher Domäne von 58 bis zu 75 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die mindestens einen MSA anstreben, ein Jahr vor dem angestrebten Abschluss erreicht werden.

im Osten generell weniger Migranten leben. Meist stammen sie dort aus Vietnam und sind mitunter sogar besser in der Schule als Schüler ohne Migrationshintergrund“, schreibt Josef Kraus.<sup>6</sup>

Zu den Erfolgen der ostdeutschen Länder trägt wesentlich auch ein traditionelles Klima der Wertschätzung von Mathematik und Naturwissenschaften im Osten bei, z. B. in den „Polytechnischen Oberschulen“ der DDR.

Einig sind sich Bildungsexperten wie Bildungspolitiker darin, dass die Studie den hohen Stellenwert fachlich qualifizierten Unterrichts nachweist. Da der Altersdurchschnitt der Lehrkräfte in den ostdeutschen Ländern derzeit bei mehr als 50 Jahren liegt, haben viele noch die solide Ausbildung als Mathematik-, Physik- und Chemielehrer zu DDR-Zeiten genossen. Diese Lehrkräfte „sind offensichtlich besser in der Lage, Schüler in den MINT-Fächern zu begeistern und zu fördern. Wir werden uns sehr genau anschauen,

was wir davon lernen können“, meint NRW-Kultusministerin Sylvia Löhrmann.<sup>7</sup>

Der große Einfluss der fachlichen Qualifikation der Lehrkräfte auf die Unterrichtsergebnisse wurde allerdings nicht erst jetzt nachgewiesen. „Studien aus den USA über den Erfolg von Science-Teachers haben ... gezeigt, dass Lehrkräfte mit einer umfangreicheren fachwissenschaftlichen Ausbildung gerade auch leistungsschwache Schülerinnen und Schüler besser motivieren können, sie letztlich zu wesentlich höheren Leistungen bringen als solche, die ein vorwiegend pädagogisch und didaktisch ausgerichtetes Studium absolviert hatten.“<sup>8</sup>

Auch die Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) stellt fest: „Ein wesentlicher Einflussfaktor für die Qualität von Schule und Unterricht sowie die Gestaltung erfolgreicher Lehr- und Lernprozesse besteht in der Qualifikation und Erfahrung des pädagogischen Personals.“<sup>9</sup>

## Schulleistungsvergleich 2012

### Erreichte Punktzahl von Schülern der Jahrgangsstufe 9 je Bundesland in Fachwissen Mathematik, Physik, Biologie und Chemie

über Durchschnitt unter Durchschnitt	Mathematik	Physik	Biologie	Chemie
Sachsen	536	544	541	542
Thüringen	521	539	535	534
Brandenburg	518	529	532	530
Bayern	517	515	505	512
Sachsen-Anhalt	513	534	529	538
Mecklenburg-Vorpommern	505	516	521	519
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>503</b>	<b>505</b>	<b>514</b>	<b>504</b>
Schleswig Holstein	502	504	505	499
Baden-Württemberg	500	502	501	499
<b>Deutschland</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
Hessen	495	496	489	492
Niedersachsen	495	500	504	502
Hamburg	489	482	487	484
Saarland	489	497	498	497
Nordrhein-Westfalen	486	476	482	481
Berlin	479	491	493	490
Bremen	471	482	481	477

Etwa 25 bis 30 Punkte Unterschied entsprechen dem Lernfortschritt eines Schuljahres.

Quelle: IQB-Ländervergleich



Lehrkräfte mit einer umfassenden fachwissenschaftlichen Ausbildung führen Schüler zu höheren Leistungen.

Foto: www.fotolia.de

### Schlussfolgerungen

„Die Ergebnisse in Mathematik und in den Naturwissenschaften im Ländervergleich 2012 verweisen auf die zentrale Bedeutung der fachlichen und fachdidaktischen Qualifikation der Lehrkräfte. Erfolgreiche Wissenserwerbsprozesse hängen von einem klar strukturierten, kognitiv aktivierenden Unterricht ab, der von gut ausgebildeten Lehrkräften professionell gestaltet wird.“<sup>10</sup>

Die z. T. ideologisch geführten Diskussionen um die optimale Schulstruktur führen offenbar nicht weiter. Wie schon in der Metaanalyse von John Hattie<sup>11</sup> belegt, ist es der Faktor Lehrkraft, der im Wesentlichen über den Unterrichtserfolg der Schülerinnen

und Schüler entscheidet. Folglich müssen die besten eines Jahrgangs für ein Lehramtsstudium gewonnen werden und zwar auch für das Lehramt an Realschulen plus und an Gesamtschulen. Das wird aber nicht gelingen, wenn fertig ausgebildete Pädagogen mit in Umfang und Befristung begrenzten Verträgen abgespist werden. „Wer gut ausgebildeten jungen Menschen keine Perspektiven im Lehrberuf bietet oder Jugendliche gar vor dem Weg in die Lehrerausbildung abschreckt, der wird weiterhin in den Schulen improvisieren müssen. Eine Quote von 15 % fachfremd erteiltem Mathematikunterricht außerhalb der Gymnasien ist eine Blamage für ein Hochtechnologieland wie Deutschland.“<sup>12</sup>

Die Schulen müssen außerdem ausreichend mit Personal versorgt werden, um dem Anspruch der individuellen Förderung gerecht zu werden. „Wir brauchen Geld insbesondere in sogenannten Brennpunktschulen, weil wir hier sehr viel mehr Lehrkräfte für die Kinder brauchen.“<sup>13</sup> In der aktuellen INSM-Studie wird festgestellt: „Gemäß einer neueren Metaanalyse zeigen die meisten empirischen Untersuchungen, dass eine Verringerung der Klassengröße mit besseren Schülerleistungen einhergeht.“<sup>14</sup>

Zusammenfassend ergeben sich aus der Studie folgende

### Forderungen an die Politik:

- Qualitativ hochwertige Ausbildung der Lehrkräfte
- Gründliche fachwissenschaftliche und fachdidaktische Ausbildung im ausgewogenen Verhältnis zur pädagogischen Ausbildung
- Leistungsorientierter Fachunterricht mit entsprechender Leistungsbeurteilung
- Vermeidung fachfremden Unterrichts (nicht nur am Gymnasium!)
- Erhöhung der Attraktivität des Lehrberufs, insbesondere in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie und Informatik
- Gezielte Förderung sowohl schwächerer Kinder mit und ohne Migrationshintergrund als auch von begabten Schülern
- Förderung in kleinen Gruppen
- Inklusiver Unterricht nur dort, wo dafür optimale Bedingungen gewährleistet sind

<sup>1</sup> gem. Pressemitteilung der KMK vom 11.10.13

<sup>2</sup> Pressemitteilung des MBWWK vom 11.10.13

<sup>3</sup> Pressemitteilung der CDU vom 11.10.13

<sup>4</sup> Heike Schmoll, „Der Osten leuchtet“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.10.13

<sup>5</sup> Vgl. Manfred Prenzel und Jutta Allmendinger in Süddeutsche Zeitung vom 12.10.13

<sup>6</sup> Pressemitteilung des Deutschen Lehrerverbandes vom 11.10.13

<sup>7</sup> FOCUS online am 14.10.13

<sup>8</sup> Gabi Mai, GEW Hamburg, in E&W, 10/2013

<sup>9</sup> Institut der Deutschen Wirtschaft, Bildungsmonitor 2013, S. 21

<sup>10</sup> KMK-Pressemitteilung vom 11.10.13

<sup>11</sup> John Hattie u. a., Lernen sichtbar machen, Schneider-Verlag München 2013

<sup>12</sup> Pressemitteilung des VDR-Bund vom 11.10.13

<sup>13</sup> Jutta Allmendinger in Süddeutsche Zeitung vom 12.10.13

<sup>14</sup> Institut der Deutschen Wirtschaft, Bildungsmonitor 2013, S. 27





## LEHRLINGSMANGEL: „Suche Azubi – biete Auto“



In ganz Deutschland stehen Unternehmer vor demselben Problem: Azubimangel. Obwohl rund 200.000 Ausbildungswillige auf der Suche sind, meldete die Bundesagentur für Arbeit im Juli noch über 146.000 freie Lehrstellen.

Grund: Die Zahl der Schulabgänger geht besonders in Ostdeutschland stark zurück, damit sinkt auch die Zahl der Bewerber. Von denen entfallen dann noch diejenigen, die die Anforderungen für eine Ausbildung nicht erfüllen. Außerdem entwickelt sich bei den Jugendlichen ein anhaltender Trend zum Studium.

Um jungen Menschen einen Ausbildungsplatz schmackhaft zu machen, lassen sich die Unternehmen einiges einfallen. Neben Sachprämien wie Autos oder Smartphones zahlen manche auch Geldprämien für gute Noten oder ein erhöhtes Lehrlingsentgelt. Andere locken mit einer Übernahme nach

Ausbildungsende und finanzieren die Fortbildung ihrer Azubis. Doch der Mangel an Auszubildenden hat auch sein Gutes: Gerade für Schulabgänger mit weniger guten Zeugnissen erhöht sich die Chance, sich in einem Betrieb zu beweisen.

Kommentar: Die Situation lässt sich mit materiellen Mitteln kaum entschärfen. Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, höhere Bildung sei akademische Bildung. Wir brauchen einen Abschluss-Wertewandel, vor allem auch in der Bildungspolitik. Realschulen plus, Gesamtschulen und berufsbildende Schulen warten längst auf entsprechende Weichenstellungen.

*wü/Quelle: Spiegel-Online:  
Schulspiegel 1.9.13 [www.spiegel.de/schulspiegel/abilazubi-mangel-ausbildungsbetriebe-bieten-praemien-a-919053.html](http://www.spiegel.de/schulspiegel/abilazubi-mangel-ausbildungsbetriebe-bieten-praemien-a-919053.html)*

## BADEN-WÜRTTEMBERG: CDU gibt dreigliedriges Schulsystem auf

Die baden-württembergische CDU verabschiedet sich als letzter Landesverband Baden-Württembergs vom klassisch dreigliedrigen Schulsystem. Die Partei begründet diesen Schritt mit zurückgehenden Schülerzahlen und schlägt vor, sich bei der Reform an dem zweigliedrigen Schulsystem Sachsens zu orientieren: Neben Gymnasien, die in ihrer bestehenden Form erhalten werden sollen, sind sogenannte Mittel- oder Oberschulen vorgesehen. Während der Unterricht in der Orientierungsstufe noch gemeinsam erteilt wird, erfolgt zumindest der Unterricht in den Kernfächern nach den Vorstellungen der CDU ab Klasse 7 für Haupt- und Realschüler differenziert. Damit setzt sich die oppositionelle CDU von den Vorstellungen der grün-roten Landesregierung ab, die bei der von ihr bevorzugten Gemeinschaftsschule keine äußere Differenzierung vorsieht. Eine Oberstufe wird es nach den Vorstellungen der CDU an der von ihr geforderten Mittel- oder Oberschule nicht geben.

*Eic/Quelle: FAZ, 15.10.2013*

## STATISTIK: Akademisierung

Immer mehr junge Menschen erwerben in Deutschland einen Hochschulabschluss. Laut Statistischem Bundesamt ist die Anzahl der Absolventen von 208.606 im Prüfungsjahr 2002 auf 413.300 im Jahr 2012 gestiegen und hat sich damit innerhalb von zehn Jahren nahezu verdoppelt. Allerdings wird, wer das Studium mit Bachelor und Master abschließt, doppelt gezählt. Diese Entwicklung führt das Bundesamt sowohl auf die gestiegenen Studienanfängerzahlen als auch auf die Bologna-Reform zurück, die einen schnelleren Abschluss des Studiums mit dem Bachelor ermöglicht hatte. Darauf ist auch eine weitere Entwicklung zurückzuführen: Wegen der kürzeren Bachelor-Studiengänge sank das Durchschnittsalter der Erstabsolventen von 28,1 auf 26,6 Jahre.

*Eic/Quelle: RHEINPFALZ, 18.9.2013*



## Hamburgs wundersame Abiturientenvermehrung



Was steckt hinter der wundersamen Abiturientenvermehrung? Foto: www.fotolia.de

Geschehen noch Wunder? Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtet in ihrer Ausgabe vom 11. Oktober 2013, dass es der Hamburger Bildungspolitik Jahr für Jahr gelingt, neue Rekordzahlen an Abiturienten zu melden.

An und für sich stellt das noch kein Wunder dar, denkt man inzwischen insgeheim zu dem Anstieg der Abiturientenzahlen parallel ein Absenken des Anspruchsniveaus mit. Dieser Schluss ist aber (auf den ersten Blick) unberechtigt, denn die Hanseaten haben vorgebeugt: Mit sogenannten KESS-Längsschnittstudien, mit denen die Kompetenzen und Einstellungen (KESS) der Hamburger Schüler des aktuellen Jahrgangs mit denen des Jahrgangs 2005 verglichen werden, soll nämlich „bewiesen“ werden, dass zum Teil qualitativ deutlich Leistungszuwächse erzielt wurden. Anlass zur Skepsis gibt es aber anscheinend dennoch: Die KESS-

Studie ist nämlich eine behördenintern durchgeführte Studie. Die eingesetzten Testinstrumente wurden bislang nicht einer wissenschaftlichen Prüfung unterzogen, viele Aufgaben (z. B. zur „voruniversitären Mathematik“) bewegen sich laut Einschätzung unabhängiger Gutachter auf Mittelstufenniveau und die Bewertungsvorschriften wurden im Laufe der Zeit deutlich nach unten korrigiert.

So geht das also mit den modernen Wundern der Bildungspolitik! Ein ehrlicher Befund, und das hatte den Autor des FAZ-Beitrages dann doch gewundert, war dem Kleingedrucktem zu entnehmen: „Abiturienten der Stadtteilschulen hinken in ihren Leistungen vor allem im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich den Abiturienten an Gymnasien um mindestens drei Jahre hinterher“. Ein Wunder?

Eic/Quelle: FAZ, 11.10.2013

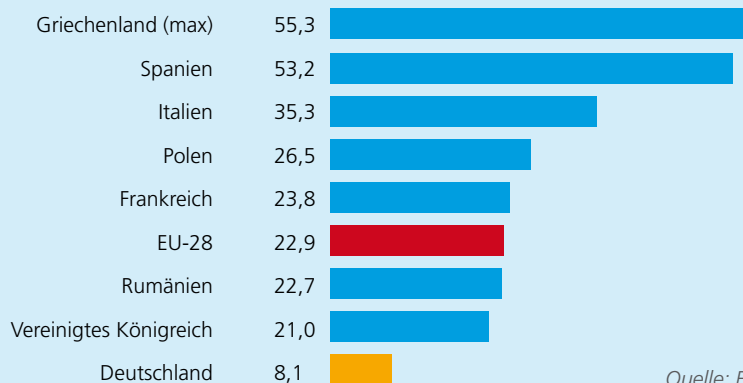
## Deutschland hat niedrigste Jugenderwerbslosenquote der EU

2012 waren in Deutschland 8,1 % der 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen ohne Arbeit. Das war der niedrigste Wert in der Europäischen Union. In den meisten EU-Ländern gestaltete sich die Arbeitssuche für junge Menschen hingegen äußerst schwierig.

Besonders angespannt war die Situation in Spanien und Griechenland, wo 2012 mehr als jeder Zweite der 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen auf Jobsuche war. Eine hohe Jugenderwerbslosigkeit verzeichneten auch Portugal (37,7 %), Italien

(35,3 %) und Kroatien (43,0 %). Im EU-Durchschnitt waren laut Eurostat 22,9 % der 15- bis 24-Jährigen Erwerbspersonen ohne Arbeit.

Jugenderwerbslosenquoten 2012  
ausgewählte EU-Staaten, in %



Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

► SCHULNOTEN MAL ANDERS:

## Wie bewerten Kinder unsere Schulen?

Wie bewerten Kinder eigentlich ihre Schulen? Um das herauszufinden, hat UNICEF Deutschland gemeinsam mit dem Deutschen Kinderhilfswerk im Vorfeld des Weltkindertages eine Online-Umfrage gestartet.

Rund 3000 Kinder und Jugendliche aus ganz Deutschland haben sich an dem Online-Projekt beteiligt. Überraschend: Gerade jüngere Schülerinnen und Schüler zeigten Interesse; das durchschnittliche Alter der Teilnehmer lag bei elf bis zwölf Jahren. Die deutschen Schulen bekommen insgesamt die Durchschnittsnote 2,5. Die gute Nachricht vorweg: Immerhin die meisten Kinder halten die Schule

für nützlich (Durchschnittsnote 2,0). Für die Unterstützung bei Gewalt erhalten die Schulen eine 2,3; bei der Frage nach Chancengleichheit und Gerechtigkeit ergaben sich eine 2,4 bzw. eine 2,5. Am wenigsten gefallen den Jugendlichen die Rahmenbedingungen in der Schule: Das Schulesen erhielt eine 3,0; die sanitären Anlagen und die Hygiene wurden mit 3,4 bewertet.

„Die Schulen und die Bildungspolitik sollten die Meinung der Kinder ernst nehmen“, betonte ein Vorstandsmitglied von UNICEF Deutschland.

Fazit: Zweifellos gibt es an der einen oder anderen Stelle Verbesserungsbedarf an unseren Schulen. Doch die meisten Kinder gehen gern zur Schule – der Spaßfaktor bekam eine 2,4.

wü/Quelle: [www.unicef.de/presse/2013/kinder-geben-schulen-noten/22764](http://www.unicef.de/presse/2013/kinder-geben-schulen-noten/22764)  
<https://twitter.com/News4teachers/status/380723418305667072>

► BILDUNGSINDIKATOREN IM LÄNDERVERGLEICH:

### Ausgewählte Kernaussagen zu Schülerinnen und Schülern pro Lehrkraft und Klasse

Im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) werden im Land 15 Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft betreut. (Deutschland: 14,2; OECD: 13,3). Im Sekundarbereich I werden im Land 24,7 und im Bundesdurchschnitt 24,5 Schülerinnen und Schüler pro Klasse unterrichtet (OECD-Durchschnitt: 21,2 bzw. 23,3).

#### Ausgaben pro Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer

Die Gesamtausgaben im Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich (Hochschulbereich) beliefen sich in Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 auf 7.700 Euro je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer. Im Bundesdurchschnitt sind es 8.300 Euro (OECD: 7.500 Euro). Damit belegt Rheinland-Pfalz zusammen mit Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und dem Saarland einen der hinteren Plätze. Speziell im Hochschulbereich liegt das Land mit 11.300 Euro je Studentin und Student deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 14.300 Euro.

#### Geschlechtsstruktur der Lehrkräfte

Der Frauenanteil liegt im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) bei 61,2 Prozent. Lediglich im Sekundarbereich II (Jahrgangsstufen 11 bis 13 und berufsbildende Schulen) sind Lehrerinnen mit 45,9 Prozent in der Minderheit.

#### Altersstruktur der Lehrkräfte

Die rheinland-pfälzischen Lehrkräfte im Sekundarbereich I haben im Ländervergleich eine relativ günstige Altersstruktur. Im Sekundarbereich I sind 34,9 Prozent der Lehrkräfte jünger als 40 Jahre. Deutschlandweit sind es dagegen durchschnittlich lediglich 25,1 Prozent (OECD: 38,5 Prozent).

Hr/Quelle: Pressemitteilung des StaLA vom 11.9.2013 ; Daten i.d.R. aus dem Jahr 2011

► INKLUSIONSDEBATTE:

### Rheinland-pfälzischer Wissenschaftler warnt vor „Inklusionsideologie“

Der Koblenzer Volkswirt und Sozialwissenschaftler Stefan Sell, Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der Fachhochschule Koblenz, warnte anlässlich des ersten gemeinsamen Diakonie-Forums der neuen Diakonie Hessen in Frankfurt am Main vor einer „totalitären Inklusionsideologie“.

Diese führe dazu, „dass die Beteiligten das Wort Inklusion schon nach wenigen Jahren nicht mehr hören könnten“. Der im Prinzip richtige Ansatz könne sich, so Sell weiter, dadurch in sein Gegenteil verkehren. Er beklagte zudem die „Verengung“ der Inklusionsdebatte auf behinderte Menschen in der Schule. Diesen sagte der Wissenschaftler „massive Probleme“ voraus, „wenn die verstärkte Aufnahme behinderter Kinder und die Marginalisierung von Förder- und Sonderschulen mit den gegenwärtigen finanziellen Mitteln bewerkstelligt werden sollten.“

Eic/Quelle: Evangelischer Pressedienst (epd), 30.10.2013

► **DBB RHEINLAND-PFALZ: ÖFFENTLICHEN DIENST STÄRKEN!**

## Hauptvorstand zeigt sich dialogbereit und unterstützt „Staatsallianz“

In der Herbstsitzung des dbb-Landesvorstandes und des Hauptvorstandes wurden der Haushalt verabschiedet und die jüngsten Entwicklungen im öffentlichen Dienst erörtert. In zwei Entschlüssen wurden Kurskorrekturen eingefordert.

Die Landesregierung beabsichtigt landesrechtlich eine gestaffelte Anhebung der allgemeinen Ruhestandsaltersgrenze von 2016 bis 2029 um insgesamt zwei Jahre auf dann 67 Lebensjahre für Beamtinnen und Beamte im Geltungsbereich des Landesbeamtengesetzes.

Der dbb rheinland-pfalz verschließt sich angesichts der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nicht einer konstruktiven Diskussion, hat allerdings kein Verständnis dafür, dass die Landesregierung das Pensionsalter trotz anderslautender Zusagen in der laufenden Legislaturperiode zum Thema macht.

Der dbb rheinland-pfalz befürwortet Flexibilität bei der Gestaltung des gleitenden Wechsels in den Ruhestand. Allerdings: Nach einer 40-jährigen Dienstzeit muss eine abschlagsfreie Ruhestandsversetzung möglich sein. In einer Entschlüsselung, die der Landesregierung und den Fraktionen zugehen wird, zeigte der Hauptvorstand seine Forderungen auf und erklärte sich in dieser sensiblen Thematik dialogbereit.

Bei den mit dbb-Unterstützung erhobenen Musterklagen gegen die fünf gesetzlich festgelegten, inflationsbereinigten Minusrunden in der Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten bis 2016 gibt es keinen neuen Sachstand. Der dbb rheinland-pfalz fordert die Landesregierung und die Landespolitik nach wie vor eindringlich auf, die fünf inflationsbereinigten Minusrunden durch Gesetzesänderung zu korrigieren.

Als führende Interessenvertretungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben sich dbb beamtenbund und tarifunion, Deutscher Bundeswehrverband und Deutscher Richterbund auf Bundesebene zur „Staatsallianz“ zusammengeschlossen und

am 28. Oktober 2013 in Berlin zehn Thesen für einen starken öffentlichen Dienst beschlossen, von der Politik bundesweit eine konsequente Stärkung des öffentlichen Dienstes gefordert und festgestellt: Es ist höchste Zeit für eine Kurskorrektur!

### Die Kernforderungen

1. **Berufsbeamtentum stärken!**
2. **Personal- und Fachkräftemangel überwinden!**
3. **Föderalismusreform korrigieren!**
4. **Staatsfinanzen konsolidieren!**
5. **Renten und Pensionen sichern!**
6. **Bürgerversicherung verhindern!**
7. **Koalitionsfreiheit ist unantastbar!**
8. **Öffentliche Dienste für ganz Deutschland!**
9. **Öffentliches Dienstrecht modernisieren!**
10. **Personalvertretungsrechte ausbauen!**

*Eine ausführliche Darstellung lesen Sie auf [www.dbb.de/cache/teaserdetail/artikel/staatsallianz-fordert-kurskorrektur.html](http://www.dbb.de/cache/teaserdetail/artikel/staatsallianz-fordert-kurskorrektur.html)*

Der dbb rheinland-pfalz schloss sich in der Hauptvorstandssitzung den Feststellungen und Forderungen an.

Wü



Für den VDR nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Wünschel (5. v. li.) an der von der dbb-Landesvorsitzenden Lilli Lenz (8. v. li.) geleiteten Sitzung des Landes- und des Hauptvorstandes teil.

Foto: dbb



## ► VDR IM GESPRÄCH MIT DER SPD:

### SPD-Bildungspolitiker: „Inklusion ist das Zukunftsthema“



Die Gesprächsteilnehmer (v.l.n.r.): MdL Ulla Brede-Hoffmann (SPD), Bernd Karst (VDR), MdL Bettina Brück (SPD), Timo Lichtenthäler (VDR), Wilfried Rausch (VDR), Katharina Becker (VDR), MdL Benedikt Oster (SPD).

Foto: VDR

**Zum traditionellen Gespräch über den Entwurf des Doppelhaushalts 2014/15 trafen sich am 22. Oktober 2013 der VDR-Landesvorstand mit dem Bildungspolitischen Ausschuss der SPD-Landtagsfraktion zu einem Meinungsaustausch.**

In seinen Eingangsworten ging Bernd Karst auf die abgeschlossene äußere Schulstrukturreform ein und unterstrich die Notwendigkeit, die neu geschaffene Schulart der Realschule plus zu stärken. Erwartungen, die mit dem Aufbau der Realschule plus verbunden wurden, seien noch nicht vollständig erfüllt worden. Die Klassenmesszahl von jeweils 30 Schülerinnen und Schülern in den Klassenstufen 7 bis 10 werde Schülern und Lehrkräften nicht gerecht, die Arbeit an den Schwerpunktschulen ließe Wünsche offen, die Schulleitungsstrukturen vor allem an größeren Realschulen plus sei nicht akzeptabel und auch bei den Fachoberschulen gäbe es Handlungsbedarf.

Die SPD-Bildungspolitiker wiesen auf Grenzen hin, die der Bildungspolitik durch den Haushalt gesetzt seien. Sie betonten, dass der Bildungshaushalt der größte Haushaltsposten sei und auch weiter wachse. Sie kündigten an, dass der Ausbau der Ganztagschulen

verlangsamt fortgesetzt werde. Ferner unterstrichen sie, dass im Haushalt weitere zusätzliche Stellen für Förderschullehrkräfte bereitgestellt würden, da Inklusion in der Bildungspolitik hohe Priorität habe.

Im Austausch über die Inklusionspläne der Landesregierung zeigten sich Übereinstimmungen, aber auch deutliche Unterschiede in der Bewertung der gegenwärtigen Situation an den Schwerpunktschulen und der geplanten weiteren Schritte bei der Umsetzung der Inklusion. Übereinstimmung herrschte darin, dass die Versorgung der Schwerpunktschulen mit Förderschullehrkräften gesichert werden müsse und die Schulträger die notwendige Raumausstattung gewährleisten müssen. Die Verbandsvertreter machten sehr deutlich, dass bei den Schwerpunktschulen und der Umsetzung der Inklusion Anspruch und Wirklichkeit sehr weit auseinander liegen.



**Katharina Becker**  
becker.katharina@vdr-rlp.de

► VDR IM GESPRÄCH MIT DER CDU:

## Die Qualität der Bildung muss Vorrang haben



Die Gesprächsteilnehmer (v.l.n.r.): Wilfried Rausch (VDR), Bernd Karst (VDR), MdL Bettina Dickes (CDU), MdL Martin Brandl (CDU), MdL Brigitte Hayn (CDU), Wolfgang Häring (VDR) sowie – nicht im Bild – Wolfgang Wünschel (VDR), Erwin Schneider (VDR) und Geron Geissler (Wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU-Fraktion)

Foto: Wü

Bei einem Gespräch des VDR-Landesvorstands mit dem Bildungspolitischen Ausschuss der CDU-Fraktion wurden schwerpunktmäßig folgende Themen erörtert:

- Zukunft kleinerer Schulen bei rückläufigen Schülerzahlen
- Arbeitsbedingungen in den Schulen vor dem Hintergrund des Bildungsetats im Doppelhaushalt
- Bedingungsloses Elternwahlrecht bezüglich der Inklusion

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Bettina Dickes stellte fest, „dass die Schulstrukturreform von Rot-Grün nicht die Demographiefestigkeit hält, die sie versprochen hat. Die Schule muss im Dorf bleiben. Es gibt viele Möglichkeiten, damit das auch so bleibt. Dafür müssen Landespolitik und Kommunalpolitik jedoch zusammenarbeiten.“ Der VDR hat darauf hingewiesen, dass auch in kleinen Schulen die komplette Fach- und Leistungsdifferenzierung angeboten werden muss, um die Attraktivität der Schulen zu erhalten.

VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst machte deutlich, dass im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler die Klassenmesszahl 25 an den Realschulen plus unbedingt über die Klasse 6 hinaus fortge-

schrieben werden müsse. Für die Berufsreife-Klassen und -kurse sei sogar die Messzahl 20 unabdingbar. Gerade nach der Orientierungsstufe habe die Realschule plus viele Schüler zusätzlich aus den Gymnasien aufzunehmen, die dort die Klassen „automatisch“ verkleinerten.

Wenn die Landesregierung zum kommenden Schuljahr bezüglich der Inklusion das unbedingte Elternwahlrecht einräumt, dann muss sie auch für die notwendigen Voraussetzungen sorgen. Darin stimmten die Gesprächspartner überein. „Die Qualität der Bildung muss Vorrang vor Inklusions-Quoten der Landesregierung haben“, so Dickes. Die Bildungspolitikerin forderte, dass die Mittel für die Inklusion separat im Haushalt ausgewiesen werden, wie es für alle großen bildungspolitischen Maßnahmen üblich sei. „Über die Schieflage von Anspruch und Wirklichkeit darf nicht einfach hinweggesehen werden. Maßstab muss das Wohl unserer Kinder sein. Deshalb sollte das derzeit Machbare im Blick behalten werden – auch um Erwartungen zu vermeiden, die nicht erfüllbar sind“, ergänzte Karst.



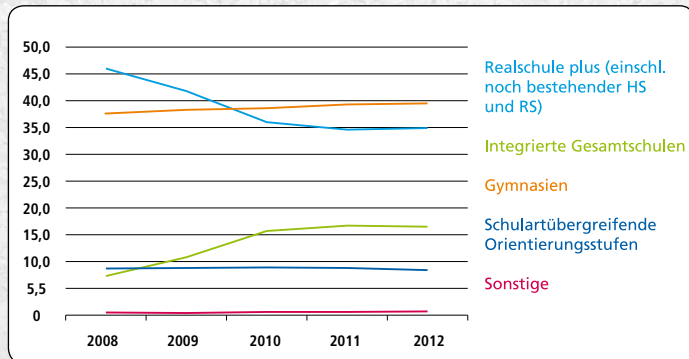




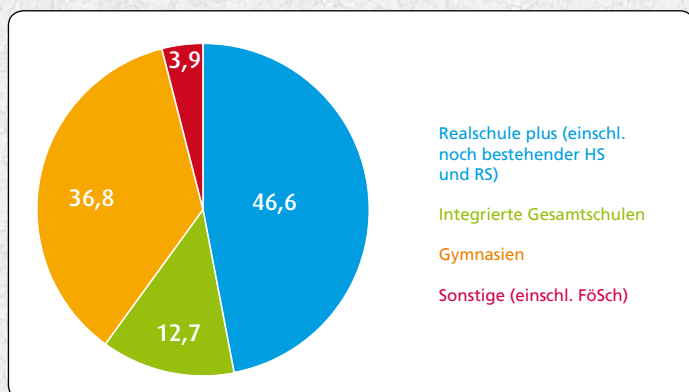
## SCHÜLERANTEILE NACH SCHULARTEN:

### Zugänge von Grundschulen in die Klasse 5 nach Schularten

Anteile in %



Anteile in %



## SCHULSOZIALARBEIT:

### Abbau statt Ausbau

Die Bedeutung der Schulsozialarbeit für erfolgreiche Prävention und zur Unterstützung der Unterrichtsarbeit wird überall betont. Statt jedoch diese wichtige Einrichtung auszubauen wird gegen jede Vernunft gekürzt. Das Projekt scheitert am Geldmangel und am Zuständigkeitsgerangel bezüglich der Finanzierung. Dies zeigt ein Beispiel aus der Kreisstadt Wittlich, über das der Trierische Volksfreund in seiner Ausgabe vom 30.10.13 berichtet:

„Die Schulsozialarbeit an den Grundschulen steht vor dem Aus. Der Grund: Ein Förderprogramm der Bundesregierung läuft aus. Doch der Jugendhilfeausschuss und der Kreistag versuchen, diese Arbeit, die gut angelaufen ist, weiterzuführen. Einen entsprechenden Antrag an die Landesregierung wies diese jedoch zurück. ... Ministerin Alt bestätigt ...: ‚Leider sieht das Land aufgrund der notwendigen Einsparungen zur Einhaltung der Schuldenbremse keine Möglichkeit, die wegfallenden Bundesmittel aus dem Landeshaushalt zu kompensieren.‘ Nun wollen die Eltern eine Petition einreichen. ...“

Hr

## Zugänge von Grundschulen in die Klasse 5 nach Schularten

Die Schulstrukturreform von 2009 hat statistisch vor allem zwei Veränderungen bewirkt:

1. die Fusion von Haupt- und Realschulen
2. eine Ausweitung der Integrierten Gesamtschulen zu Lasten der Realschulen plus

Da der Anstieg des Anteils der Gesamtschulen ziemlich genau mit dem Rückgang des Anteils an den Realschulen plus übereinstimmt, muss davon ausgegangen werden, dass die Struktur der Schülerschaft in beiden Schularten identisch ist.

## Schüler nach Schularten in Klassenstufe 8 im Schuljahr 2012/13

Die Schüleranteile in Klassenstufe 8 müssen verglichen werden mit den Anteilen in Klasse 5 aus dem Jahr 2009/10. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Schüler und Schülerinnen der schulartübergreifenden Orientierungsstufe in Klasse 7 aufgeteilt wurden.

Trotzdem ist der Gymnasiastenanteil von 38,3 auf 36,8% gesunken. Während also die Gymnasien nach Klasse 6 Schüler verlieren, müssen die Realschulen plus weitere Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Die Bildung zusätzlicher Klassen wird aber meist dadurch verhindert, dass die Messzahl von Klasse 6 nach Klasse 7 von 25 auf 30 ansteigt.

Hr/Datenquelle: StaLA, Statistische Berichte 2013

## MAINZ:

### Rheinland-Pfalz hat immer mehr Privatschulen

Die Zahl der staatlich anerkannten Privatschulen in Rheinland-Pfalz ist trotz des demografischen Wandels leicht gestiegen. Im Jahr 2008 gab es noch 126, während es 2012 bereits 131 waren, wie aus der Antwort des Bildungsministeriums auf eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion hervorgeht. Zugleich sank die Zahl der öffentlichen Schulen von 1595 auf 1513.

Diese gegenläufigen Tendenzen spiegelten sich auch in der Entwicklung der Schülerzahlen wider: An staatlich anerkannten Privatschulen kletterte die Zahl der Mädchen und Jungen leicht von 40.393 auf 40.851. An öffentlichen Schulen ging sie dagegen deutlich von 560.625 auf 516.423 zurück. Neben den staatlich anerkannten Privatschulen, die vor allem von den beiden großen Kirchen getragen werden, gibt es laut Bildungsministerium noch sogenannte Ergänzungsschulen.

dpa



► BERND KARST IM INTERVIEW MIT DER ALLGEMEINEN ZEITUNG MAINZ VOM 2. SEPTEMBER 2013

# „Reale Bildung ist unverzichtbar“

## Mainzer VDR-Chef Bernd Karst zur Realschule plus



Die 2009 eingeleitete Schulstrukturreform ist abgeschlossen, statt Haupt- und Realschule gibt es ab diesem Schuljahr nur noch die Realschule plus. Seit Einführung der neuen Schulform wird über deren Akzeptanz diskutiert. Laut Bernd Karst, Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR), erhält die Reale Bildung in Deutschland zu wenig Anerkennung.

### Herr Karst, gibt es aus Ihrer Sicht Akzeptanzprobleme bei der Realschule plus?

*Bernd Karst:* Nein! Es gibt vielmehr ein Transparenzproblem. Die Eltern sind verunsichert, welcher Weg der richtige für ihr Kind ist. Das ist auch nicht verwunderlich, weil die Realschule plus erst seit 2009 besteht und in dieser Konzeption nur in Rheinland-Pfalz existiert. Sie bietet aber zahlreiche Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten.

### Welche?

*Bernd Karst:* Sie hält alle Wege und alle Abschlüsse offen. Die Absolventen können in die duale Berufsausbildung wechseln, um die Deutschland übrigens international beneidet wird. Oder sie können ihre schulische Laufbahn an der Fachoberschule oder in der gymnasialen Oberstufe fortsetzen – mit dem Abschluss Fachhochschulreife oder Abitur. Realschule plus vermittelt eine reale Bildung. Sie ist unverzichtbar und muss wieder gestärkt werden und gleichberechtigt neben der gymnasial-akademischen Bildung stehen.

### Der Lehrerverband VBE geht aufgrund der Entwicklung bei den Schülerzahlen davon aus, dass Eltern der Integrierten Gesamtschule, wo das Abitur direkt möglich ist, den Vorzug geben. Stimmt das?

*Bernd Karst:* Es gibt genügend Gegenbeispiele. In Frankenthal in der Pfalz wurden an einer IGS in diesem Schuljahr 55 Kinder angemeldet, an den beiden Realschulen plus hingegen 150 Kinder. Rheinland-Pfalz hat in den letzten vier Jahren die Anzahl der Gesamtschulen auf 55 verdoppelt, das führt dort natürlich zu einer Zunahme der Schülerzahlen. Grundsätzlich ist es allerdings nicht sinnvoll, allein die

Schülerzahl als Qualitätsmaßstab zu betrachten. Ist ein großes Gymnasium denn besser als ein kleines Gymnasium?

### Eltern befürchten, ihre Kinder würden an der Realschule plus, wo sie gemeinsam Unterricht mit Hauptschülern haben, im Leistungsniveau heruntergezogen...

*Bernd Karst:* Die Lehrkräfte an den Realschulen plus stellen hohe fachliche Anforderungen und setzen auf Leistung. „Notendumping“ lehnen wir ab! Leider ist indirekt massiver Druck auf alle Schularten zu spüren, man schließt aus einer hohen „Sitzenblei-

## Klagen aus der Wirtschaft über mangelnde Ausbildungs- und Studierfähigkeit ernst nehmen

berquote“ auf schlechte Unterrichtsqualität. Unser Verband ist aber nach wie vor für die Beibehaltung von Noten und die Möglichkeit der Klassenwiederholung. Der fachliche Anspruch der Realschule plus muss gesichert bleiben, damit die Schüler später auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich sind. Wir müssen die Klagen aus der Wirtschaft über die mangelnde Ausbildungs- und Studierfähigkeit von Schulabgängern ernst nehmen.

### Was muss in Realschulen plus besser werden?

*Bernd Karst:* Der Unterricht muss weiterhin differenziert stattfinden. Die Förderangebote sowohl für leistungsschwächere als auch für leistungsstärkere Schüler müssen ausgebaut werden. Außerdem müssen die Klassenmesszahlen erheblich gesenkt werden. Bis zu 30, mitunter auch mehr Schüler pro Klasse ab der Klassenstufe sieben, machen ein pädagogisch sinnvolles Arbeiten nicht möglich.

### Und die Lehrerversorgung?

*Bernd Karst:* Das ist aktuell ein großes Problem. Auch an der Realschule plus arbeiten die Lehrkräfte, die keine dauerhafte Anstellung haben. Dies führt bei fehlender Vertragsverlängerung zu häufigem Lehrerwechsel. Zudem besteht die Gefahr, dass diese Lehrkräfte in andere Berufsbereiche oder Bundesländer abwandern. Zur Sicherung der Unterrichtsqualität und -versorgung fordern wir, dass ausgebildete Lehr-

## Realschule plus hält alle Wege und Abschlüsse offen

schulische Laufbahn an der Fachoberschule oder in der gymnasialen Oberstufe fortset-



kräfte im Vertretungsvertrag sofort eine feste Beamtenstelle bekommen.

**„Abitur und Studium um jeden Preis“, heißt bei vielen Eltern die Devise, auch die Politik bemängelt, Deutschland habe zu wenig Studenten. Es gibt erste kritische Stimmen, die vor einer zunehmenden Akademisierung warnen...**

*Bernd Karst:* Der Realschullehrerverband ist skeptisch, ob Gymnasium und das anschließende universitäre Studium grundsätzlich der „Königsweg“ für alle jungen Menschen ist und ob die Akademisierung

bei der Beseitigung des Fachkräftemangels hilft. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass der oft einseitig bevorzugte gymnasial-akademische Weg für viele junge Menschen zu einer Sackgasse wird. Die Zahl der Studienabbrecher ist hoch. Dagegen hat der Weg über die reale Bildung in vielen Bildungsbiografien zum beruflichen und sozialen Aufstieg geführt. Es gilt auch hier der Grundsatz: Die Menschen sind glücklicher und erfolgreicher, wenn Können und Wollen übereinstimmen.

*Das Interview führte Alexandra Eisen*

## Treffen der PhV/VDR-Personalvertreter in den Stufenvertretungen der Integrierten Gesamtschulen

Vorstandsmitglieder und Personalräte des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) und des Philologenverbandes (PhV) in den Stufenvertretungen HPR IGS und BPR IGS trafen sich zu einem Gespräch in Mainz.

In einem fruchtbaren Erfahrungs- und Meinungsaustausch über die Arbeit in den Personal-/Stufenvertretungen wurde vereinbart, die schon in der letzten Wahlperiode erfolgreichen Zusammenarbeit fortzusetzen und zu intensivieren.

Die bisher von den Personalvertretern des PhV organisierten Tagungen für Personalräte und Lehrkräfte an Integrierten Gesamtschulen sollen künftig in Kooperation von den Personalvertretern beider Verbände durchgeführt werden. Weitere Treffen der Arbeitsgruppe sollen in regelmäßigen Abständen stattfinden.



Von links: Horst Wittig (PhV), Michael Berwanger (PhV), Martin Radigk (VDR), Regina Bollinger (VDR), Andreas Hinrichs (VDR), Marlies Kahn (VDR), Jutta Okfen (VDR), Burkhard Karrenbrock (PhV) sowie – nicht im Bild – Joseph Zeimentz (PhV) Foto: PhV



Jetzt schon vormerken:


**Mitgliederversammlung in Ingelheim**  
**Am 20. März 2014**

Weitere Infos folgen in Kürze!



► VDR-STELLUNGNAHME ZUR SCHULGESETZÄNDERUNG:

## Freies Wahlrecht auf inklusiven Unterricht?



Mit der anstehenden Schulgesetzänderung soll nach dem Willen der Landesregierung das inklusive Schulangebot schrittweise ausgebaut werden. Dabei be ruft sich die Landesregierung auf die von der Bundesregierung im Jahre 2009 ratifizierte Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.

„Herzstück“ der anstehenden Schulgesetzänderung soll sein, die Rechte der Eltern von Kindern mit Behinderungen zu stärken. Die Eltern sollen ein vorbehaltloses Wahlrecht zwischen einem inklusiven Angebot in einer Schwerpunktschule und einem Schulangebot in einer Förderschule erhalten. Gleichzeitig soll mit der Schulgesetzänderung die Möglichkeit geschaffen werden, an ausgewählten Förderschulen Förder- und Beratungszentren zu schaffen.

Diese Einrichtungen sollen den Schulen vor allem durch Beratung und Kooperation sonderpädagogische Kompetenz bieten. Die Schaffung dieser Zentren soll auf Antrag der Schulträger und entsprechend dem schulischen Bedürfnis erfolgen.

Das Bildungsministerium beabsichtigt, ihre Inklusionspläne mit den demografischen Renditen im Schulbereich, die zum größten Teil zur Konsolidierung des Haushalts genutzt werden sollen, zu finanzieren. Geplant ist, lediglich 200 weitere Vollzeitlehrerstellen im Förderschulbereich bis 2016 zu schaffen. Der

VDR hat zur beabsichtigten Schulgesetzänderung dem Bildungsministerium folgende Stellungnahme zugeleitet:

### § 1 Auftrag der Schule

Die Änderung des Schulgesetzes wird vor allem mit der Verpflichtung begründet, die Behindertenrechtskonvention umzusetzen.

Die Konvention wurde im Konsens mit den Ländern von der damaligen Bundesregierung ratifiziert. Grundlegend für den Konsens war die Verständigung auf die Übersetzung des englischen Textes des Artikels 24 mit „... gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem ...“. Wir fordern daher, den Konsens in das Schulgesetz zu übernehmen und den Begriff „inklusiv“ durch den Begriff „integrativ“ zu ersetzen.

Der Begriff „Inklusion“ ist in sich mehrdeutig. Mit der Verwendung dieses Begriffs wird der Bedeutungsrahmen des „gemeinsamen Unterrichts“ erheblich ausgeweitet.

### § 3 Schülerinnen und Schüler

Die Entscheidung über die Wahl der Schullaufbahn der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zunächst den Eltern einzuräumen, halten wir für richtig. Die Entscheidung aber ausschließlich ohne Korrektur bei den Eltern zu belassen, halten wir für falsch.

Das Recht des behinderten Schülers auf eine ihm angemessene Schulbildung an einem geeigneten Förderort muss auch zur Einschränkung des Elternrechts führen können. Ebenso gilt es auch, das Recht Dritter auf eine optimale Bildung zu beachten. Von daher fordern wir, das vorbehaltlose Wahlrecht der Eltern in §§ 3 und 59 Abs. 4 und Paragraphen mit entsprechenden Bezügen zu § 3 einzuschränken.

### § 12 Formen der Förderschule, Förder- und Beratungszentren

Die Beschränkung der Förderzentren ausschließlich auf die Funktionen von Beratung und Unterstützung der sogenannten Schwerpunktschulen und auch der Förderschulen halten wir für falsch. Die Förderzentren müssen weitergehende Funktionen erhalten.

Vorrangig gilt es Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren aufzubauen (REBUS), die auch Schülerinnen und Schülern mit sozialem und emotionalem Förderbedarf Hilfen bieten können. Insbesondere sind an solchen Förderzentren „time-out“-Möglichkeiten zu schaffen. Hierzu ist es notwendig, dass in diesen Zentren nicht nur Sonderpädagogen zum Einsatz kommen.

### § 14 a Inklusiver Unterricht; Schwerpunktschulen

Im Absatz 1 wird im einleitenden Satz herausgestellt, dass der gemeinsame Unterricht grundsätzlich eine allgemeinpädagogische Aufgabe aller Schularten ist.

Wir begrüßen, dass der Gesetzestext alle Schularten einbindet. In diesem Zusammenhang wird jedoch der Begriff „inklusive Unterricht“ aus § 1 nicht verwandt und durch die deutsche Übersetzung „gemeinsamer Unterricht“ ersetzt. Wir erkennen nicht, ob mit der deutschen Übersetzung „gemeinsamer Unterricht“ eine bestimmte Zielsetzung im Zusammenhang mit der Nennung der Schularten zum Ausdruck kommen soll. Wir fordern eine eindeutige Sprachregelung. Unsere Empfehlung lautet, im Gesetzestext durchgängig den Begriff „gemeinsamer Unterricht“ zu verwenden.

Den gemeinsamen Unterricht als allgemeinpädagogische Aufgabe zu benennen, halten wir für missverständlich. Aus der Formulierung ließe sich entnehmen, dass der gemeinsame Unterricht grundsätzlich von allen Lehrkräften unabhängig von ihrer Aus- und Fortbildung gleichermaßen erteilt werden kann. Für uns setzt der gemeinsame Unterricht voraus, dass der Unterricht von Lehrkräften der allgemein- und berufsbildenden Schulen und Förderschullehrkräften grundsätzlich gemeinsam geplant und erteilt wird.

Daher empfehlen wir die Streichung von „allgemein“. Der gemeinsame Unterricht muss u.E. wertneutral als „pädagogische Aufgabe“ benannt werden.

Gemeinsamer Unterricht erfordert eine besondere personelle und sächliche Ausstattung. Deshalb schlagen wir vor, in § 14 a Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:

„Es handelt sich um einen erweiterten pädagogischen Auftrag, den zunehmend mehr Schulen übernehmen, sobald die entsprechenden Voraussetzungen bezüglich Personal- und Sachausstattung erfüllt sind.“

### § 92 Ergänzende Bestimmungen

**Abs. 6** Der Gesetzestext sieht vor, dass bei Antragstellung lediglich die schulischen Gremien der Förderschule zu beteiligen sind. Da von der Einrichtung der Förderzentren die Schwerpunktschulen wesentlich betroffen sind, müssen aus unserer Sicht auch die schulischen Gremien der Schwerpunktschulen ins Benehmen gesetzt bzw. angehört werden.

**Abs. 7** Bei der Beauftragung als Schwerpunktschule ist es u.E. erforderlich, auch das Kollegium der zu beauftragenden Schule einzubeziehen, wenn deren besonderes Engagement erwartet wird. Nur ein breiter Konsens garantiert den Erfolg. Es sollte daher formuliert werden:

„...kann von der Schulbehörde im Einvernehmen mit dem Schulträger, der Gesamtkonferenz, dem Schulelternbeirat und im Benehmen mit dem Träger der Schülerbeförderung beauftragt werden, Schwerpunktschule zu sein.“

*Zum Faktencheck bitte umblättern.*

## Faktencheck:

- Aktuell gibt es landesweit 150 Schwerpunktschulen im Grundschulbereich und 112 im Sekundarbereich. Im vergangenen Schuljahr wurden rund 4.900 Kinder und Jugendliche inklusiv und rund 14.800 Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen in den 138 Förderschulen landesweit unterrichtet.
- Der Anteil der Förderschüler an den Schwerpunktschulen ist seit 2009 von 16,9 auf 23 Prozent gestiegen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 25 Prozent.
- Der Anstieg der Inklusionsrate in Rheinland-Pfalz hat nicht zu einem Schülerrückgang an den Förderschulen geführt. Seit 2009 besuchen rund 3,8 Prozent aller rheinland-pfälzischen Schüler eine Förderschule. Bundesweit ist das nach Angaben des Bildungsministeriums der zweitniedrigste Anteil.
- Die Förderschulen haben trotz höherer Inklusionsanteile bisher keinen Schülerrückgang zu verzeichnen. Dies hängt damit zusammen, dass der Anteil der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf zugenommen hat. 2009 lag der Anteil der Schüler mit Förderbedarf an der gesamten Schülerschaft bei 4,5 Prozent. Im vergangenen Jahr wuchs die Förderquote auf 4,9 Prozent an. Mit dieser Quote liegt Rheinland-Pfalz deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 6,4 Prozent.



Wilfried Rausch  
rausch.wilfried@vdr-rlp.de

### ► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 9. OKTOBER 2013

## Inklusion: Vorbehaltloses Elternwahlrecht setzt vorbehaltlose Unterstützung der Förder- und Schwerpunktschulen voraus

Mit einer Schulgesetznovelle will die Landesregierung Inklusion in der Schule umsetzen. Den Eltern soll ein „vorbehaltloses Wahlrecht“ zwischen „inklusivem“ Unterricht und Förderschulunterricht ermöglicht werden. Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) stellt dazu fest:

Eine echte Wahlmöglichkeit besteht nur dann, wenn die Intensität der Förderung bei beiden Alternativen gleich ist. Aus dem schulischen Inklusionsalltag der schon bestehenden Schwerpunktschulen wird jedoch immer wieder berichtet, dass die Rahmenbedingungen nicht annähernd stimmen: zu wenig Förderschullehrkräfte an zu wenigen Tagen/Stunden, fehlende Ausbildung der Regelschullehrkräfte, fehlende Integrationshelfer, Mängel bei der räumlichen und sächlichen Ausstattung, fehlendes Konzept zur individuellen Feststellungsdiagnostik usw.

„Die Inklusion einfach zur ‚allgemeinpädagogischen Aufgabe‘ zu erklären, dient weder den behinderten noch den nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern“, kritisiert der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst. „Über die Schieflage von Anspruch und Wirklichkeit darf nicht einfach hinweggesehen werden. Maßstab muss das Wohl unserer Kinder sein, und deshalb sollte das derzeit Machbare im Blick behalten werden – auch um Er-

wartungen zu vermeiden, die nicht erfüllbar sind. Es ist eine Illusion zu glauben, erfolgreiche Inklusion hänge allein vom guten Willen der aufnehmenden Schule bzw. deren Lehrerschaft ab.“

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) sieht die Landesregierung nach wie vor in der Pflicht, ihrer Gesamtverantwortung nachzukommen. Inklusion verträgt sich nicht mit der Streichung von Lehrerstellen und massiven Kürzungen im Fortbildungsetat.

Vorbehaltloses Elternwahlrecht beinhaltet zudem, dass wohnortnah ein passendes Förderschulangebot trotz rückläufiger Schülerzahlen gesichert sein muss, denn Inklusion ernst nehmen heißt, für jedes Kind den individuell besten Weg zuzulassen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung sollte weder sich noch die Eltern von Kindern mit Behinderungen dem Druck bestimmter Interessengruppen aussetzen, denen die „formelle“ Umsetzung von Inklusion nicht schnell genug gehen kann und die der Abschaffung der Förderschule das Wort reden. In vielen Bundesländern mehrt sich die Kritik, weil die jeweiligen Landesregierungen den Ausbau des „inklusiven“ Unterrichts bei gleichzeitigem Abbau von Förderschulangeboten vorantreiben, ohne hierfür die erforderlichen Voraussetzungen und Unterstützungsangebote sicherzustellen.



► NEUWAHLEN

## Landeselternbeirat hat sich neu konstituiert



Bereits am 31. August 2013 hat sich der 16. Landeselternbeirat (LEB) in Speyer konstituiert. Mit deutlicher Mehrheit wählten die Elternvertreter Dr. Thorsten Ralle zu ihrem Landeselternsprecher. Der Vertreter der Grundschulen im Schulaufsichtsbezirk Neustadt ist Vater von drei Kindern und selbstständiger Berater. Derzeit ist Dr. Thorsten Ralle Mitglied im Schülternbeirat der Wilhelm-Leuschner-Grundschule in Ludwigshafen. Während der letzten Amtsperiode im Landeselternbeirat war er Stellvertretender Landeselternsprecher.

Zum ersten Stellvertreter wurde der Wirtschaftsinformatiker Jürgen Saess gewählt, der die Gymnasien im Schulaufsichtsbezirk Koblenz vertritt. Zweiter Stellvertretender des Landeselternsprechers wurde Markus Meier, Schulleiter der Mannlich Realschule plus Zweibrücken und Vertreter der Gymnasien im Schulaufsichtsbezirk Neustadt. Beide haben bereits während der letzten Amtsperiode im Vorstand des Landeselternbeirats mitgearbeitet.

Der Vorstand des Landeselternbeirats wird ergänzt durch fünf gewählte Beisitzerinnen und Beisitzer. Dies sind Werner Dörr (Gymnasien Koblenz), Patricia Forst (Realschule plus Koblenz), Herbert Gorges (Gymnasien Neustadt), Birgit Scharp (Gymnasien Trier), und Anja Steffes (Privatschulen Trier). Mitglied im LEB-Vorstand sind auch die Regionalelternsprecher. Im Regionalelternbeirat Koblenz wurden Hansjürgen Bauer und im Regionalelternbeirat Trier Reiner Schladweiler als Sprecher wiedergewählt. Neu im

Amt ist Hans Wagner als Sprecher im Regionalelternbeirat Neustadt.

Wir beglückwünschen alle Mitglieder des Landeselternbeirats zu ihrer Wahl und freuen uns auf eine vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit!

In der nächsten Ausgabe von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ werden wir ein Interview mit Dr. Thorsten Ralle veröffentlichen.



eic



Von links: Dr. Thorsten Ralle, Bernd Karst und Wolfgang Wünschel

Foto: VDR

► UNTERRICHTSVERSORGUNG

# Realschule plus verzeichnet höchstes Versorgungsdefizit!

**Lehrer von der Straße holen!**

**Kein Lavieren!**  
Befristete Verträge wollen wir nicht!

**Kein Experimentieren!**  
Beamtenstatus gefährden wir nicht!

**Kein Taktieren!**  
Besoldungsdiktat akzeptieren wir nicht!

**VDR**  
meine beste Wahl!

facebook.com VDR RLP | www.vdr-rlp.de

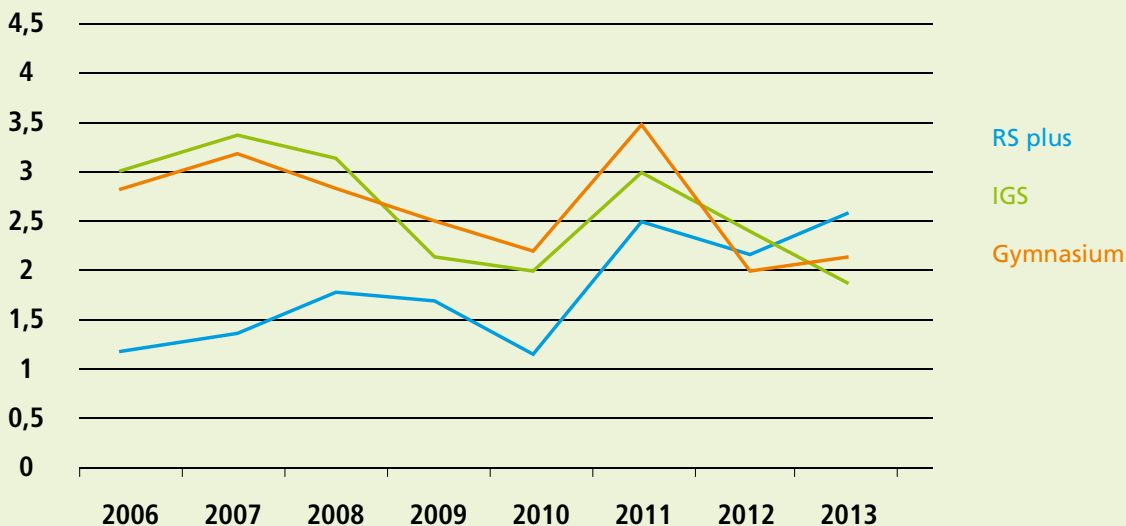
Die in der Pressekonferenz vom 29. November 2013 vorgestellten Daten zur Unterrichtsversorgung haben wohl selbst die Ministerin überrascht.

Mehrfach hat der Verband auf den prekären Ausfall hingewiesen. Die Schulbehörden haben stets betont, die Versorgung werde sich nicht verschlechtern. Ein Irrtum, wie sich jetzt herausstellte. Das Defizit ist im Vergleich zu 2012 von 2,2 auf 2,6 gewachsen (+ 18%) und hat sich im Vergleich zu 2010 mehr als verdoppelt!

VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst zeigte sich empört darüber, wie die Landesregierung ihr jüngstes Kind der Schulreform behandelt (vgl. DIE RHEINPFALZ vom 30. November 2013). Er forderte die Ministerin auf, die angekündigte „Nachsteuerung“ sofort vorzunehmen, d.h. zum 1. Februar 2014 ausreichend viele Neueinstellungen vorzunehmen.

Hr

## Versorgungsdefizit an den Schulen der S I



	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
RS plus	1,2	1,4	1,7	1,6	1,2	2,5	2,2	2,6
IGS	3	3,4	3,2	2,2	2	3	2,4	1,9
Gymnasium	2,9	3,2	2,8	2,5	2,2	3,5	2	2,1

## ► UNTERRICHTSVERSORGUNG

# Radio-Interview mit Antenne Mainz 106,6

**Redakteurin Donna Schwarz: Das Bildungsministerium sieht wegen gesunkener Schülerzahlen eine gute Möglichkeit, Lehrerstellen einzusparen. Wie stellt sich die aktuelle Situation Ihrer Meinung nach wirklich dar?**

*Bernd Karst:* Die Schuldenbremse darf keine Bildungsbremse sein. Wir haben einen Unterrichtsausfall von 2,6 Prozent an der Realschule plus – das ist allerdings nur der statistisch geplante Ausfall. Hinzu kommen noch einmal 5 Prozent unvorhergesehener Ausfall wegen Klassenfahrten, Fortbildungen oder Krankheiten. Also: Es finden tatsächlich etwa 8 Prozent Unterricht nicht statt. An einzelnen Schulen stellt sich die personelle Situation noch gravierender dar. Die Eltern beklagen diesen Zustand. Zu recht. Sie erwarten eine volle Unterrichtsversorgung für ihre Kinder. Kein Schulleiter kann dieser Forderung aber entsprechen, wenn die Schule nicht über eine ausreichende Anzahl an Lehrerinnen und Lehrern verfügt.

Die Schülerzahlen an der Realschule plus sind – exakt wie in den Gymnasien – lediglich um 1,2 Prozent zurückgegangen. Die Prognosen des Ministeriums gingen von einem höheren Schülerrückgang aus. Daher muss das Ministerium, da es wohl von falschen Zahlen ausgegangen ist, erheblich nachsteuern. Und dies möglichst umgehend. Sonst wandern unsere gut ausgebildeten Lehrer in benachbarte Bundesländer ab oder nehmen attraktive Angebote aus der Wirtschaft an.

**Donna Schwarz: Kommt es wirklich vor, dass auf bestimmte Fächer spezialisierte Lehrer aus Fachkräftemangel in anderen Fachbereichen eingesetzt werden?**

*Bernd Karst:* Es gibt in einigen Fächern einen gravierenden Lehrermangel. Dazu gehören die Fächer Französisch, Musik, und vielerorts auch Englisch, Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften. Das hat zur Folge, dass manche Fächer –



Redakteurin Donna Schwarz befragt Bernd Karst zu den aktuellen Zahlen zur Unterrichtsversorgung

Foto: VDR

dies gilt allerdings auch für alle anderen Schularten – fachfremd unterrichtet werden. Der Verband Deutscher Realschullehrer beklagt dies und fordert daher seit Jahren eine frühzeitige Gegensteuerung. Guter Unterricht ist am ehesten gewährleistet, wenn der Lehrer das Fach unterrichtet, das er auch durch Studium oder Weiterbildung beherrscht.

**Donna Schwarz: Was bedeutet die Einsparung für die Qualität des Bildungsangebots?**

*Bernd Karst:* Man kann nicht aus einem Blumentopf die ganze Welt ernähren. Konkret heißt das: Mit dem vorhandenen Angebot an Lehrkräften sind viele bildungspolitischen Ziele nicht zu verwirklichen. Wir brauchen keine bildungspolitischen Glaubensbekenntnisse, wir brauchen zusätzliche Lehrer. Die gibt es. Also heißt unsere Forderung: Lehrer von der Straße holen. Arbeitslose Lehrer und Unterrichtsausfall – das passt wirklich nicht zusammen.

**Donna Schwarz: Was sollte sich ändern?**

*Bernd Karst:* Die Schulen benötigen eine Lehrerreserve, das heißt, eine Unterrichtsversorgung von 100 plus 5 Prozent. Noch gibt es ausgebildete Lehrer, die auf ihren Unterrichtseinsatz warten. In

den nächsten Jahren werden die Versorgungslücken noch größer. Bereits heute ist absehbar, dass der Lehrernachwuchs fehlen wird. Verwunderlich ist dies nicht. Die Belastungen in der Schule steigen ständig. Auf den Punkt gebracht heißt unser Appell: Unsere Schulen brauchen zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer.

Weitere Interviews zum Thema „Unterrichtsversorgung“ führten Katharina Becker (29.11.2013 bei SAT1 regional um 17:30 Uhr und SWR um 15:30 Uhr) und Benjamin Bajraktari (29.11.2013 bei RPR1 um 18:30 Uhr)

**Arbeitslose Lehrer und Unterrichtsausfall – das passt wirklich nicht zusammen.**





## BUCHTIPP I:

### Helikopter-Eltern von Josef Kraus

Josef Kraus enttäuscht seine Leser nicht. Mit schwungvoller Rhetorik und einer Fülle von Beispielen aus der Welt der Erziehung zeigt Josef Kraus humorvoll und doch mit nötigem Ernst eine Spezies von Eltern, die sich durch Überbehütung ihres Nachwuchses auszeichnet und diesem dadurch den notwendigen Abnabelungs- und Selbstfindungsprozess erschwert. Der neue ‚Kraus‘ wird sicher auf eine aufgeschlossene Leserschaft

in Pädagogenkreisen treffen, die nach Lektüre der zahlreichen Anekdoten ähnliches berichten könnte. Für Eltern wie Pädagogen ein lesenswertes Buch, das zum Nachdenken und zu Veränderungen anregt.

*Helikopter-Eltern – Schluss mit Förderwahn und Verwöhnung* • JOSEF KRAUS • Rowolt, Reinbeck, 2013  
224 Seiten • EUR 18,95



## BUCHTIPP II:

### Wolfgang Redwanz, Dem Himmel nah Fünf Rheinländer erobern die Alpen

Ein langjähriges VDR-Mitglied hat hier zur Feder gegriffen und authentisch und so heiter, wie es die Berge erlauben, die Erlebnisse einer Seilschaft im alpinen Hochgebirge zu Papier gebracht.

In der Fünfergruppe steckt viel Realschule drin: Erich M., Schulleiter der IGS Kastellaun und der Clemens-Brentano-Realschule in Koblenz; Rainer D., Lehrer an der RS auf der Kartause und lange lehrbeauftragter Fachleiter und der Autor selbst, Schulleiter und dann Leiter der Schulabteilung der ADD in Koblenz. Die wichtigste „Nebenrolle“ spielt Hermann M., Geistlicher und Fachleiter für katholische Religion im Studienseminar in Kob-

lenz, ohne den es die Seilschaft nie gegeben hätte. Die fünf recht bergunerfahrenen Rheinländer haben sich Obergurgl im Ötztal als „Basislager“ auekoren und Schritt für Schritt die alpine Berg- und Gipfelwelt erobert, vom Großglockner bis zu Viertausendern bei Saas Fee. „Sie sind nicht die Schnellsten, aber sie kommen überall hin“, so lautet das Urteil ihres Bergführers, mit dem sie 20 Jahre lang unterwegs sind. Und sie kommen nicht nur auf Gipfel, sondern erleben als Gemeinschaft das Hochgebirge in seiner ganzen Vielfalt und Schönheit.

Wolfgang Redwanz erzählt keine Heldenstory.

Wo es sich anbietet reizt es ihn, sich auch ein wenig mit Gedanken von Bergsteigern aus einer höheren Liga wie Heiner Geißler und Reinhold Stecher (+Bischof von Innsbruck) auseinander zu setzen. Pädagogik kommt dabei nur im Nebensatz vor, etwa die Berge als „schweigende“ Erzieher und angewandte Bergführerpädagogik. Der Frust auf dem „Mainzer Höhenweg“, den sie erleben, hat nichts mit dem Kultusministerium zu tun.

Das Buch ist im Liborius-Verlag erschienen und kostet 14,90 EUR. Es kann in jeder Buchhandlung bestellt werden.

## ► VDR-PRESSEMITTEILUNG VOM 5. SEPTEMBER 2013

# VDR gegen Anhebung der Regelaltersgrenze in den Ruhestand

## Erneutes Anziehen der Schuldenbremse in RLP ist kontraproduktiv

Die Landesregierung hat den Entwurf des Doppelhaushalts 2014/15 vorgelegt. Auch hier gilt: Auf gute Nachrichten von der Landesregierung warten die Lehrkräfte im Land derzeit vergebens.

Eine besondere Altersgrenze, zu der beamtete Lehrerinnen und Lehrer in Ruhestand gehen, bleibt zwar erhalten, aber nach einer Übergangszeit wird die Regelaltersgrenze um ein Jahr erhöht. Beamtete Lehrerinnen und Lehrer werden ab 2017 erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt.

Ein Sparpaket nach dem anderen und somit ein weiteres Anziehen der Schuldenbremse schaffen in den Schulen weder bessere Arbeits- noch bessere Lernbedingungen.

Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bedeutet de facto eine Pensionskürzung und eine Verschlechterung der Vertrags- und Arbeitsbedingungen, unter denen die Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst angetreten haben. Die bisherige Regelaltersgrenze für Lehrkräfte trug immer schon zu Recht den besonders schwierigen Arbeitsbedingungen im Bildungswesen Rechnung.



## ► DISKUSSIONSRUNDE IN BERLIN

## Gespräch mit John Hattie

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nahm der Stellvertretende Bundesvorsitzende Bernd Karst an einer Gesprächsrunde mit dem Bildungsforscher John Hattie teil. Unter dem Titel „Academia meets politics“ diskutierten Regierungsvertreter sowie Bildungsexperten in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft am 14. November 2013 in Berlin u. a. über die Zukunft der Lehrerbildung.

Der in Melbourne lehrende Professor gilt als einer der aufschlussreichsten Bildungsforscher der Gegenwart. Besonders seine Studie zur Bedeutung von Lehrkräften für den Lernerfolg erlangte große Beachtung und wird derzeit international diskutiert.

### Nähere Informationen zu John Hattie

In den Medien präsentierte man Anfang des Jahres John Hattie als wissenschaftlichen Superstar. Das hörte sich beispielsweise in ZEIT-online so an: Ein neuer Name geht um in der Pädagogik. Man liest ihn in Aufsätzen und hört ihn in Vorträgen. Vom »Hattie-Faktor« und vom »Hattie-Ranking« ist die Rede. Und man fragt: »Was steht bei Hattie dazu?«

John Hattie – Neuseeländer, Bildungsforscher, Professor an der University of Melbourne – hat 2008 ein Buch herausgebracht, das die pädagogische Welt seitdem elektrisiert. „Visible Learning“ (sinngemäß übersetzt: sichtbare Lernprozesse) heißt der Titel des Werkes. Es hat den Anspruch, die wichtigste Frage der Bildungsforschung umfassend zu beantworten: Was ist guter Unterricht? John Hattie tat, was vor ihm noch niemand versucht hatte: sämtliche englischsprachigen Studien weltweit zum Lernerfolg zu sichten, zu gewichten und zu einer großen Synthese der empirischen Unterrichtsforschung zusammenzuführen. Mehr als 800 Metaanalysen wertete er dafür aus, also jene Art von Untersuchungen, die verschiedene Studien zu einem Thema zusammenfassen, sei es zu Hausauf-



Bernd Karst trifft John Hattie

Foto: VDR

gaben oder Förderunterricht, zum Vokabellernen, zur Elternarbeit oder zum Sitzenbleiben. Aus diesen Metaanalysen erstellte er mit dem Handwerkszeug des Statistikers eine Megaanalyse, in die mehr als 50.000 Einzeluntersuchungen mit 250 Millionen beteiligten Schülern eingeflossen sind. Für die verschiedenen Unterrichtsmethoden und Lernbedingungen errechnete Hattie dann einen Erfolgsfaktor, Effektstärke genannt. Anderthalb Jahrzehnte benötigte der Forscher für seine Fleißarbeit. Am Ende erstellte Hattie eine Art Bestenliste der wirkungsvollsten pädagogischen Programme.

Auf die Auswirkungen in der Lehrerbildung und Bildungspolitik wird man sorgfältig achten müssen.

*Wü/Beiträge zum Thema Visible Learning und Interviews mit John Hattie bietet die Internetseite [www.visiblelearning.de](http://www.visiblelearning.de)*

„Die Anhebung der Regelaltersgrenze für Lehrerinnen und Lehrer in Rheinland-Pfalz folgt einem allgemeinen politischen Trend, der aber für die Bildungsarbeit in den Schulen nicht förderlich ist“, betont Bernd Karst, Vorsitzender des VDR Rheinland-Pfalz.

Der VDR fordert daher die Landesregierung auf, sich an ihr Versprechen, die demografischen Renditen in Bildung zu investieren, zu erinnern und den Schulen mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen für:

- kontinuierliche Einstellung junger Kollegen,
- Senkung der Klassenmessenzen,
- Aufstockung der Vertretungspoolstellen, damit auf langfristige Erkrankungen reagiert werden kann,
- Aufbau einer Vertretungsreserve in Form einer Unterrichts-

versorgung von 100 % + X, damit kurzfristige Erkrankungen nicht zu dauernder Mehrarbeit führen,

- Bereitstellung von zusätzlichen Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben, damit die innere Schulreform verwirklicht werden kann,
- Aufstockung der Förderpoolstunden, damit individuelle Förderung nicht nur ein Schlagwort bleibt,
- Abbau von Bürokratie, damit Lehrkräfte sich mehr der Erziehungs- und Bildungsarbeit widmen können,
- Unterstützung der Kollegien durch Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen, damit Schulen die wachsenden Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft bewältigen können.

## ► PÄDAGOGISCHES LANDESINSTITUT MIT NEUEM ANGEBOT:

### VDR begrüßt Pilotprojekt für Lehrkräfte beim Berufseinstieg

Schon lange wurden spezielle Angebote der Fortbildungsinstitute für Lehrkräfte in den ersten Berufsjahren gewünscht. Der Einstieg in die Lehrtätigkeit nach der zweiten Ausbildungsphase stellt für viele Kolleginnen und Kollegen eine Herausforderung dar, die sie ohne den Schutzraum der Studienseminare leisten müssen.

Die vielfältigen neuen Aufgaben, die sie an den Schulen vorfinden, müssen mit der richtigen Schwerpunktsetzung angegangen werden. Die ersten Berufsjahre sind prägend. In den Schulen erhalten die Berufseinsteiger sicherlich jede Unterstützung, die sie wünschen. Allerdings fehlt den dort tätigen Lehrkräften die Zeit, sich neben ihrer Tätigkeit intensiver mit den Berufseinsteigern zu beschäftigen.

Mit Beginn dieses Schuljahres startet das PL ein Pilotprojekt. Dieses Projekt zur Begleitung und Unterstützung von Berufsein-

steigerinnen und Berufseinsteigern sowie von Lehrerinnen und Lehrern in den ersten fünf Jahren findet unsere volle Zustimmung. Es kann einen wichtigen Beitrag zur professionellen und effizienten Gestaltung der Lehrtätigkeit leisten.

Die Maßnahme beinhaltet Fortbildungsveranstaltungen, Beratung, Information und professionelle Lerngemeinschaft.

Das Pilotprojekt ist angesiedelt beim Zentrum für Schulleitung und Personalführung. Ansprechpartnerin ist Katja Groß-Minor, Referentin Berufseinstieg.



## ► VDR-BEZIRKSVERBAND NEUSTADT ZU BESUCH IM STUDIENSEMINAR KAISERSLAUTERN:

### Die qualifizierte Ausbildung in unseren Studienseminaren ist unverzichtbar!



Am 26. August 2013 war der VDR-Bezirksverband Neustadt zusammen mit anderen Gewerkschaften und Verbänden zur Vorstellung der Verbandstätigkeit und Personalvertretung in das Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus in Kaiserslautern eingeladen.

Es zeigte sich einmal mehr, dass viele junge und hochmotivierte Kolleginnen und Kollegen das Lehramt für Realschulen plus anstreben und sich auf diesen neuen Ausbildungsabschnitt freuen. Mit vier Vertretern aus Realschulen plus und zwei Kollegen aus Integrierten Gesamtschulen konnte der VDR-Bezirksverband Neustadt die zukünftigen Kolleginnen und Kollegen begrüßen und mit ihnen in regen Austausch treten.

#### Sorge um berufliche Zukunft?

Viele Anwärtinnen und Anwärtler sind verunsichert bzw. haben Sorgen, wie es nach dem Referendariat beruflich weitergeht – es ist ihnen sehr bewusst, dass es aktuell auf dem „Lehrer-

beitsmarkt“ in Rheinland-Pfalz nicht rosig aussieht. Den VDR-Vertretern war es allerdings wichtig, keine Schwarzmalerei zu betreiben, denn unsere Schulen brauchen qualifizierten pädagogischen Nachwuchs.

In den Studienseminaren in Kaiserslautern, Koblenz, Landau, Mainz, Oberheimbach und Trier wird den jungen Kolleginnen und Kollegen von erfahrenen Fachleitern das erforderliche pädagogische und didaktische Berufswissen vermittelt, das unverzichtbar ist für das Unterrichten an Realschulen plus oder Integrierten Gesamtschulen. Nach wie vor werden Lehrkräfte mit dem Lehramt für Realschulen plus eingestellt, dafür hat sich der VDR mit vielen Initiativen (z. B. Lehrer von der Straße holen, siehe Abbildung rechts) konsequent und kontinuierlich eingesetzt, und das werden wir auch weiterhin tun.

**Dankeschön**

Unser Dank gilt Michael Zimmermann, dem Stellvertretenden Leiter des Studienseminars Kaiserslautern, für die gelungene Planung der Vorstellung der Verbände.

Der VDR-Bezirksvorstand bedankt sich ferner bei Regina Bollinger (IGS Deidesheim-Wachenheim), Ziad Attar El Hamoui (Realschule plus Weisenheim), Andreas Hinrichs (IGS Landstuhl) und Ulf Weber (Realschule plus Siedlungsschule Speyer) für Ihre Unterstützung und ihren Einsatz. Der Bezirksvorstand war durch Martin Radigk (Richard-von-Weizsäcker-Realschule plus Gernersheim) und Michael Eich (Paul-Gillet-Realschule plus mit FOS) vertreten.



*Eine der Kernforderungen des VDR: qualifizierter pädagogischer Nachwuchs für die Schulen*



Fotos: Radigk







## CYBER-MOBGING: Die Falle im Netz

Der WEISSE RING hat einen neuen Film zur Vorbeugung für Schulen vorgestellt. Er trägt den Titel „Escape the Fate“. Er kann ein Phänomen fassbar machen, das heute zum Alltag vieler junger Leute gehört. Der Film bietet Diskussionsstoff und lässt viel Raum für Fragen und Lösungen.

Interessierte Schulen können die DVD kostenlos anfordern unter der Adresse WEISSER RING e.V., Info-Service, Weberstraße 16, 55130 Mainz oder auch unter [info@weisser-ring.de](mailto:info@weisser-ring.de). Der DVD ist ein Begleitheft für Lehrkräfte beigelegt mit Hintergrundinformationen zum Thema.

Der WEISSE RING ist ein gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten.

[www.weisser-ring.de/internet/so-helfen-wir/vorbeugung/cybermobbing/escape-the-fate/index.html](http://www.weisser-ring.de/internet/so-helfen-wir/vorbeugung/cybermobbing/escape-the-fate/index.html)

## MAINZ: LRS in Mainzer Staatskanzlei?

Die Rechtschreibdefizite vieler Schülerinnen und Schüler sind wegen der zum Teil dramatischen Ergebnisse der Steinig-Untersuchung (siehe auch Interview auf Seite 29) in das Problem-bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit geraten. Wie DIE WELT am 2. Oktober 2013 berichtete, sind die Auswirkungen dieser seit Jahrzehnten andauernden Fehlentwicklung inzwischen auch an höchster Stelle in Rheinland-Pfalz zu spüren: Ein Schreiben der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer an Bundeskanzlerin Angela Merkel war durchsetzt von Rechtschreib- und Zeichensetzungsfehlern und brachte deshalb die Mainzer Staatskanzlei in Erklärungsnot (siehe Abbildung). Was also tun in Sachen Lese- und Rechtschreibschwäche (LRS)?

Der VDR kümmert sich! Für die nächste Ausgabe von „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ haben wir eine erfahrene Kollegin interviewt, deren Emp-

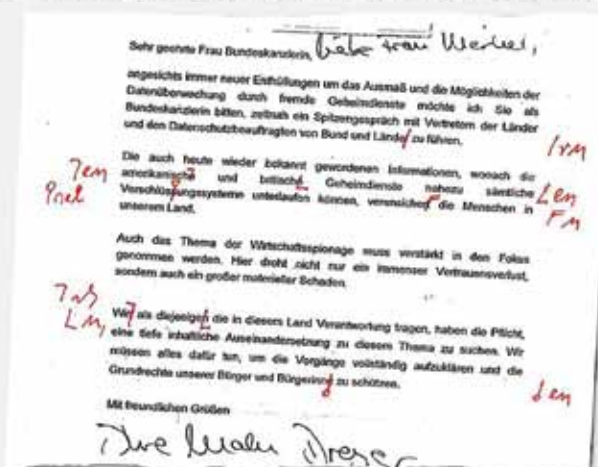
## EINSATZ FÜR KINDERRECHTE: UNICEF sucht Juniorbotschafer

„Alle Kinder auf der Welt haben die gleichen Rechte – darunter das Recht auf Überleben, Entwicklung, Schutz und Beteiligung. Macht mit und setzt Euch ein, damit diese Rechte überall verwirklicht werden können.“ Mit diesen Worten eröffnete Daniela Schadt, die Schirmherrin von UNICEF Deutschland, den bundesweiten Wettbewerb „UNICEF-JuniorBotschafter des Jahres 2014“.

Die Jugendlichen sollen sich auf kreative Weise für die Kinderrechte einsetzen und ihre Aktionen in frei wählbarer Form dokumentieren. „Rüttelt die Erwachsenen auf!“ Bewerben können sich alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, entweder einzeln, in Gruppen oder als Schulklasse. Am 30. Juni 2014 werden dann die besten Ideen in Frankfurt ausgezeichnet. Die bisherigen Gewinner durften sich beispielsweise über einen Besuch bei den Berliner Philharmonikern oder ein Treffen mit Basketball-Star Dirk Nowitzki freuen.

Einsendeschluss ist der 31. März 2014, die Anmeldung ist unter [www.juniorbotschafter.de](http://www.juniorbotschafter.de), sowie über [www.facebook.com/juniorbotschafter](http://www.facebook.com/juniorbotschafter) möglich. Als Ansprechpartnerin für Kinder und Jugendliche fungiert Jennifer Kleeb, E-Mail: [juniorbotschafter@unicef.de](mailto:juniorbotschafter@unicef.de). Pressekontakt: [presse@unicef.de](mailto:presse@unicef.de).

wü



fehlungen im Umgang mit Lese- und Rechtschreibschwächen zur Abhilfe beitragen könnten. Im Übrigen: Besagte Kollegin lässt sich in Eigeninitiative und auf eigene Kosten in Baden-Württemberg ausbilden, um ihre Schülerinnen und Schüler mit Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten wirksam fördern zu können. In Rheinland-Pfalz mangelt es – trotz der schulischen Verpflichtung per Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Schülern mit Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten – leider immer noch an hilfreichen Fortbildungsangeboten und Materialsammlungen. Wir sind allerdings zuversichtlich, dass das Thema Rechtschreibförderung aufgrund der jüngsten Vorkommnisse zur Cheffinnen-Sache erklärt wird.

Eic/Quelle und Foto:  
Die Welt, 2. Oktober 2013



# Rechtschreibung – vom Niedergang einer Kulturtechnik

*Ich fant den Film gemein aber das Mädchen*

*ist auch selber schult daran das die anderen*

*Kinder die Puppe weggenommen haben*

Die o.g. Zeilen sind eine Leseprobe aus der Nacherzählung eines Viertklässlers, in welcher der Schüler einen zweiminütigen Film beschreibt oder besser kommentiert, in dem drei „böse Buben“ einem Mädchen die Puppe wegnehmen.

Der Text stammt aus einer Längsschnittuntersuchung des Siegener Germanisten Wolfgang Steinig, der drei Generationen von Grundschulern aus zwei nordrhein-westfälischen Städten denselben Film vorspielte. 1972 schrieben 254 Schüler aus 4 Grundschulen einen Aufsatz über den Film, 2002 waren es 276 Schüler aus 5 Schulen und 2012 mehr als 400 Schüler von 8 Schulen. Steinig und sein Team untersuchten und verglichen dabei den Textaufbau, das Schriftbild und die Rechtschreibung sowie mögliche Auswirkungen der sozialen Herkunft der Schüler auf die Rechtschreibung. Die Ergebnisse der Untersuchungen von 1972 und 2002 liegen in Buchform vor (Steinig, W. u. a.: Schreiben von Kindern im diachronen Vergleich, Münster, 2009), der Vergleich der drei Schülergenerationen wurde im März 2013 auf der Jahrestagung des Instituts für Deutsche Sprache vorgestellt.

## Medieninteresse geweckt

Die Resultate, insbesondere in der Rechtschreibung, sind mit den Worten Steinigs „dramatisch“, innerhalb von drei Jahrzehnten erhöhte sich die Fehlerzahl pro hundert Wörter um mehr als das Doppelte (siehe Grafik auf Seite 34).

Dies war ein Grund dafür, dass sich auch die Medien des eher trockenen Themas Rechtschreibung

annahmen, so z. B. der SPIEGEL (Lüpke-Narberhaus, F.: Rechtschreibung bei Schülern, „Ich fant den Film gemein“, SPIEGEL-ONLINE, 28.03.2013) oder die ZEIT (Krischke W.: Wenn Freiheit überfordert, ZEIT-ONLINE, 26.05.2013).

Wie häufig nach Katastrophenberichten in den Medien provozierte auch die Steinig-Studie weitere Horrormeldungen zum Thema. So berichtet FOCUS-ONLINE-SCHULE, dass Kinder, die nach der umstrittenen Methode „Lesen durch Schreiben“ unterrichtet werden, außerordentlich große Probleme mit der Rechtschreibung haben, dabei werden Wörter nach Gehör geschrieben (Fehlerquote in Diktaten steigt horrend, „Liba Fata ales gute zum Fatatak Ich hab dich lib“, FOKUS-ONLINE-SCHULE, 13.10.2013).

So negativ der Trend bezüglich der Rechtschreibung ist, die Ergebnisse bei der Textproduktion sind positiv. Im Vergleich zu der Schülergeneration von 1972 schreiben Schüler heute freier und fantasievoller.

## Worin sind die Defizite begründet?

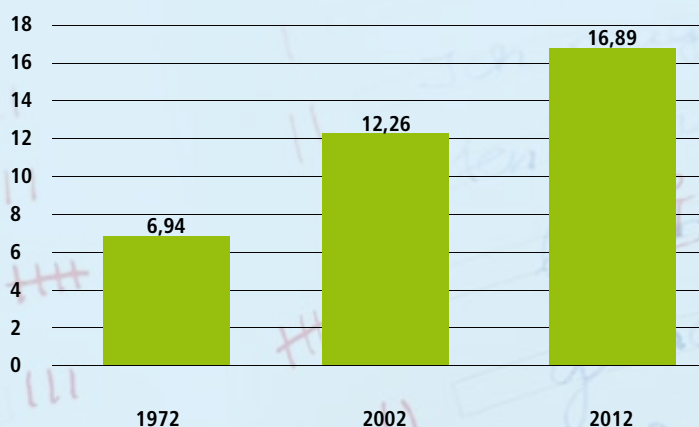
Folgende Ursachen werden sowohl von Fachleuten als auch in Leserkomentaren zu den Defiziten in der Orthografie genannt:

- Das häufigen Mailen, Simsen und Chatten von Schülern im Internet, wobei es ihnen nicht auf die Rechtschreibung ankommt.

## Dramatische Untersuchungsergebnisse in der Rechtschreibung

### Wie viele Fehler machten Schüler 1972, 2002 und 2012?

Fehler pro 100 Wörter (Mittelwerte)



Quelle: Universität Siegen/Wolfgang Steinig/Dirk Betzel

### Die zentralen Ergebnisse

Die Rechtschreibfähigkeiten haben sich stark verschlechtert: 1972 kamen auf 100 Wörter im Mittel 6,94 Rechtschreibfehler, zehn Jahre später 12,26 Fehler und zuletzt 16,89 Fehler.

Kinder, die mehrsprachig aufwachsen, machten 2012 nur geringfügig mehr Fehler als Kinder, die einsprachig aufwachsen (16,54 Fehler versus 17,3 Fehler pro 100 Wörter). Zehn Jahre zuvor war die Diskrepanz hier noch höher (11,36 Fehler versus 14,92 Fehler pro 100 Wörter).

Schüler gestalten ihre Texte heute anders als früher: 1972 berichteten sie vor allem, 2002 erzählten sie und 2012 kommentierten sie häufig. „Ich fant den Film gemein“, schrieb beispielsweise ein Schüler.

Jungen machten schon immer etwas mehr Rechtschreibfehler als Mädchen.

Die Kluft zwischen den sozialen Schichten hat sich vergrößert: Schüler aus der bildungsfernen Schicht machen heute wesentlich mehr Fehler als vor vierzig Jahren. 1972 waren es im Mittel 7,23 Fehler und jetzt 20,47 Fehler auf 100 Wörter.“

Lüpke-Narberhaus F., SPIEGEL-ONLINE, 28.3.2013, S. 2

- Erwachsene, vor allem die Eltern, verhalten sich ähnlich, achten nicht auf die Rechtschreibung, sind also häufig keine Vorbilder.
- Lehrkräfte, vor allem Deutschlehrer, legen mehr Wert auf das Lesen und eine kreative Sprachproduktion. Fachlehrer machen sich nicht die Mühe, Rechtschreibfehler zu korrigieren.

Auch die Rechtschreibreform wird indirekt für den Niedergang der Rechtschreibung verantwortlich gemacht: „... die vermittelte Botschaft, dass es keine wirkliche Rechtschreibung gibt. Hieß es früher einigermmaßen unhinterfragbar: Das schreibt man schon immer so, heißt es jetzt: Das haben sich letzgens ein paar Bürokraten ausgedacht. Kann man befolgen,

muss es aber nicht, weil sich sowieso niemand merken kann, was jetzt alles anders sein soll.“ (Azenion, ZEIT-ONLINE, 23.05.2013, Leserkommentare).

Für die meisten Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten sind die Befunde der Steinig-Studien keine Überraschung, plagen sie sich doch tagtäglich mit den orthografischen und grammatikalischen Defiziten ihrer Schüler herum. Zwar sind die nordrhein-westfälischen Vergleiche keineswegs repräsentativ (Größe der Stichprobe, nur zwei Orte in NRW), für den Verband Deutscher Realschullehrer, Landesverband Rheinland-Pfalz (VDR) sind die Ergebnisse jedoch Anlass nachzufragen, ob Steinigs Befunde auch für Rheinland-Pfalz relevant sind.

## Dr. Peter Bung im Gespräch mit Josef Hulten und Michael Eich

Der VDR stellte zwei Fachleuten Fragen zur aktuellen Situation der Rechtschreibung an Grundschulen und Realschulen plus und fragte nach, welchen Stellenwert die Rechtschreibung haben sollte, insbesondere im Kontext einer „realen Bildung“, wie sie der VDR propagiert.



*Josef Hulten (Mitte) unterrichtete von 1975 bis 2012 an rheinland-pfälzischen Grundschulen, 29 Jahre davon als Leiter von Grundschulen in Neustadt und Saulheim. Hulten war von 1980 bis 1983 Referent für Grundschulen an der Arbeitsstelle für Lehrplangentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz in Bad Kreuznach.*

*Michael Eich (links) ist Deutschlehrer an der Paul-Gillet-Realschule plus mit Fachoberschule in Edenkoben,*

*Vorsitzender des Bezirksverbandes Neustadt des VDR Rheinland-Pfalz und Chefredakteur der Zeitschrift Reale Bildung in Rheinland-Pfalz.*

*Das Interview ist in zwei Teile aufgeteilt: Teil Eins, in dieser Ausgabe, enthält die Diagnose zur Situation der Rechtschreibung, Teil Zwei, in der nächsten Ausgabe der Realen Bildung In Rheinland-Pfalz, Vorschläge zu einer Behebung der Defizite. Für RBiRLP stellte Dr. Peter Bung (rechts) die Fragen.*

### **Dr. Peter Bung: Herr Hulten, lassen sich die Ergebnisse der Steinig-Studie auch auf Rheinland-Pfalz übertragen und wären Ihrer Erfahrung nach ähnliche Defizite zu erwarten?**

*Josef Hulten:* Man kann es vermuten, auch wenn bislang noch keine empirische Untersuchung zum Rückgang der Rechtschreibe sicherheit in Rheinland-Pfalz vorliegt. In der VERA-Studie von 2004 (Vergleichsarbeiten in den Grundschulen von Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) schneiden alle beteiligten Bundesländer im Bereich Orthografie in etwa gleich gut bzw. schlecht ab. Daher ist es mehr als wahrscheinlich, dass sich die Ergebnisse der Längsschnittuntersuchung von Steinig bezüglich der Verschlechterung der Rechtschreibleistungen auch auf Rheinland-Pfalz übertra-

gen lassen. In den Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchungen (IGLU) von 2001 und 2006 haben sich zwar die Rechtschreibleistungen allgemein von 51 auf 57,8% verbessert (vgl. Bos, Hornberg u. a., 2007), allerdings waren in beiden Studien im Rechtschreibtest nur 15 Wörter identisch.

Massive Bedenken hätte ich, wenn die Reichen-Methode „Lesen durch Schreiben“ sich noch stärker in Rheinland-Pfalz verbreiten würde. Bei dieser umstrittenen Methode schreiben die Kinder von Anfang an selbst gewählte Wörter und Texte mit Hilfe einer Anlauttabelle. Als Folge treten gehäuft fehlerhafte Schreibweisen auf. Unsicherheiten bestehen bei Lehrkräften, bis zu welchem Zeitpunkt die Vorformen des korrekten Schreibens zu akzeptieren und ab wann Fehler unterrichtlich zu behandeln sind. Der Hamburger BLK-Modellversuch „Elementare Schriftkultur“





hat bereits 1996 nachgewiesen, dass unter den sieben Klassen mit den schlechtesten Rechtschreibleistungen im zweiten Schuljahr sechs Klassen nach dem Konzept von Reichen unterrichtet worden waren (Behörde für Schule, 1996). Vermehrt traten insbesondere bei Migrantenkindern und lernschwächeren Kindern gravierende Schwierigkeiten auf.

Im Abschnitt „Produktiver Umgang mit Fehler“ des Teilrahmenplans Deutsch

von Rheinland-Pfalz wird ein zentrales Prinzip der Reichen-Methode aufgegriffen: „Ein Deutschunterricht, der die Kompetenzen der Kinder stärken und fördern will, begreift Fehler als wichtige Schritte im Lernprozess und als Indikatoren für den individuellen Entwicklungsstand des Kindes. Fehler sind „Fenster“, die Einblicke in das Denken der Kinder gestatten. Sie sind wichtige Elemente auf dem Weg zur eigenaktiven Regelbildung.“ (S.18) Unstrittig ist, dass die individuellen und selbst gesteuerten Lernprozesse, die einen breiten Raum im Teilrahmenplan einnehmen, wichtig für den Entwicklungsprozess der Kinder sind. Es fehlen jedoch eindeutige Hinweise, dass

nach einer ersten Phase die Normschrift maßgeblich wird. Gerade für Kinder mit starkem Dialekt und Migrantenkinder

mit anderen Lautsystemen ist dies grundlegend. Das Beispiel mit der fehlerhaften Schreibung von „Fahrrad“ zu Beginn der zweiten und am Ende der vierten Klasse im Zusammenhang mit der wachsenden Sensibilität für Fehleranfälligkeit hilft der Lehrkraft nicht weiter. Auch Kompetenzen, mit Hilfe eines Wörterbuches oder PC-Rechtschreibprogrammes eigene Texte zu überarbeiten, kann nicht eine systematische Rechtschreiberziehung von der ersten Klasse an ersetzen. Dazu gehört eine individuelle und qualitative Analyse der Rechtschreibfehler als Grundlage des Unterrichts und der Förderung.

**Dr. Peter Bung: Herr Hulten, gab es neben den in der Studie genannten gesellschaftlichen Ursachen und dem von Ihnen aufgezeigten Einfluss**

**bestimmter Methoden (Reichen-Methode) in den zurückliegenden Jahren auch „hausgemachte“ Entscheidungen, durch die die Rechtschreibung zum Stiefkind des Unterrichts wurde?**

*Josef Hulten:* Eindeutig hat die Rechtschreiberziehung an Stellenwert verloren. Waren früher zwölf Diktate und sechs Aufsätze in der 3. und 4. Klasse verbindlich, so sind laut Schulordnung vom Oktober 2008 in Deutsch insgesamt 10 schriftliche Leistungsnachweise gefordert. Diese gliedern sich auf in je 3 Arbeiten „Richtig schreiben“ und „Texte verfassen“ und je zwei Arbeiten in den Teilbereichen „Sprache untersuchen“ und „Lesen, Umgang mit Texten, Medien“. Bis zur Hälfte der Nachweise kann individuell ohne Gruppenbezug erbracht werden.

Rein numerisch hat die Anzahl der „Diktate“ um 75 Prozent und der „Aufsätze“ um 50 Prozent abgenommen. Positiv ist hervorzuheben, dass der mündliche und grammatikalische Bereich sowie der Lesebereich eine Aufwertung erfahren haben, was sich auch in der Iglu-Studie von 2006 gespiegelt hat.

Da im Zeugnis nur mehr eine Gesamtnote aus den fünf Teilbereichen erteilt wird, haben die ehemals zentralen Bereiche „Diktat“ und „Aufsatz“ durch den Wegfall der Einzelnoten in der Findung der Gesamtnote an Gewichtung verloren, was auch Auswirkungen auf die Schullaufbahneempfehlungen hatte.

Früher gab es klare Vorgaben über die Anzahl der Wörter für Diktate in den einzelnen Klassenstufen sowie eine differenzierte Festlegung der Noten entsprechend der Wortanzahl. Dieses Papier war von der Bezirksregierung autorisiert. In größeren Grundschulen waren klassenübergreifende Arbeiten mit einer Festlegung der Note gemäß Fehleranzahl unstrittig, ebenso unbekannte Texte für Diktate im vierten Schuljahr.

Heute gibt es viele individuelle Ausnahmeregelungen, z. B. differenzierte Diktate mit unterschiedlicher Wortanzahl, keine klassenübergreifende Diktate, sodass der Aussagewert der Verbalformulierung im Bereich „Richtig schreiben“ sehr breit gefasst ist.

Kritisch von Grundschulseite ist zu sehen, dass die vielfältigen Anstrengungen bei Lese-Rechtschreibschwäche in den weiterführenden Schulen keine adäquate Fortführung finden, ja sich teilweise strikt dagegen ausgesprochen wird und die betroffenen Kinder sehr darunter leiden.

**Dr. Peter Bung: Herr Eich, wie erleben Sie und Ihre Kollegen in der Realschule plus die Rechtschreibkenntnisse der Grundschüler, die zu Ihnen kommen?**

*Michael Eich:* Aufgrund meiner Verbands- und Personalratstätigkeit komme ich mit vielen Kolleginnen

## Fehler sind Fenster, die Einblicke in das Denken der Kinder gestatten

und Kollegen ins Gespräch, dabei sind auch immer wieder die nachlassenden Rechtschreibkompetenzen ein Thema. Durchweg wird von stark zurückgehenden Rechtschreibkenntnissen berichtet, und das deckt sich auch mit meinen eigenen Erfahrungen.

Zum Teil wissen die Kollegen ganz genau, welche Grundschulen in dem Einzugsgebiet ihrer Realschulen plus und IGS nach den Prinzipien der Reichen-Methode unterrichten und welche nicht: Ehemalige Schülerinnen und Schüler von Grundschulen, die Rechtschreibkenntnisse mittels „Lesen durch Schreiben“ vermitteln, fallen nicht nur wegen eklatanten Rechtschreibdefiziten auf; sie fallen auch auf, weil sie über kein sauberes Schriftbild verfügen. Die Texte dieser Schüler – es sind häufig gerade die schwächeren – sind kaum noch lesbar.

**Dr. Peter Bung: Hat die Rechtschreibreform von 2006 die Situation nicht verbessert? Die Schüler müssten sich doch in vielerlei Hinsicht, etwa bei der Schreibweise von Wörtern mit ss oder ß, leichter tun?**

*Josef Hulten:* Ich habe bei den Grundschulern keine Auswirkungen der Rechtschreibreform feststellen können. Gerade bei der Schreibweise von ß und ss gibt es wie zuvor viele Unsicherheiten, sowohl nach dem Komma bzw. am Satzanfang wie auch beim kurz gesprochenen ss insbesondere bei Nomen. Eine Vereinfachung ist sicherlich die durchgängige Trennung nach Sprechsilben, auch bei s und t sowie ck, wo jetzt die Trennung vorher erfolgt, z. B. ba-cken. Im Elternhaus herrschte darüber große Unsicherheit, da hier feste, ehemalige Regeln weggefallen sind. Von Vorteil ist auch die neue Schreibung von Fremdwörtern, z. B.



f statt ph. Da der Grundwortschatz in der Grundschule nicht so umfangreich ist, hatte die Rechtschreibreform sicher größere Auswirkungen in den Weiterführenden Schulen, z. B. in der Zeichensetzung, wo grundlegende Reduzierungen vorgenommen wurden.

*Michael Eich:* Ich kann ebenfalls nicht feststellen, dass sich unsere Schüler leichter tun. Nach wie vor muss in allen Bereichen der Rechtschreibung viel geübt werden. „Verschlimmbessert“ wurde allerdings der Bereich der Getrennt- und Zusammenschreibung. Hier ist man zu viele „faule Kompromisse“ eingegangen und hat eine Vielzahl von Ausnahmen und Sonderfällen zugelassen, deren Berücksichtigung und Umsetzung nicht nur unsere Schüler überfordern.

## Die „Lesen durch Schreiben“- Methode fällt auch durch ein unsauberes Schriftbild auf

**Lesen Sie Teil II des Interviews in unserer nächsten Ausgabe.**

**Was sind Ihre Erfahrungen mit den Rechtschreibkenntnissen Ihrer Schülerinnen und Schüler?**

**Haben Sie Vorschläge, die dazu beitragen könnten, die sprachlichen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zu verbessern?**

**Schreiben Sie uns: [eich.michael@vdr-rlp.de](mailto:eich.michael@vdr-rlp.de)**



Foto: Wü

## VDR'ler auf den Spuren der Wittelsbacher am Rhein

Der fast 600jährigen Regentschaft der Wittelsbacher am Rhein, von 1214 bis 1803, sind einige Ausstellungen in dieser Region gewidmet, u.a. eine Doppelschau im Zeughaus der Reiss-Engelhorn-Museen (rem) und im Barockschloss Mannheim. Die Mehrzahl der mehr als zwanzig interessierten VDR'ler entschied sich für die längere Führung im Zeughaus, um später in eigener Regie den Ausstellungsteil im Schloss besuchen.

### Die Epoche des Mittelalters (1214 bis 1504) präsentiert im Zeughaus

Die erste Abteilung im Zeughaus beleuchtet die Herkunft der Wittelsbacher und ihren Aufstieg im Reich. Durch militärisches Geschick erreichten sie im 15. Jh. eine fast hegemoniale Stellung. Der Hof in Heidelberg entwickelte sich zu einem geistig-kulturellen Mittelpunkt im Reich und lockte Künstler, Dichter und Wissenschaftler in die Region, erläuterte die kompetente Historikerin ihren aufmerksamen Zuhörern.

### Die frühe Neuzeit (1504 bis 1803) präsentiert im Schloss

In diese Zeit fällt insbesondere, nach Strei-

tigkeiten mit der örtlichen Geistlichkeit, der Umzug von Heidelberg nach Mannheim. Unter anderem führte dies zum Bau des imposanten Barockschlosses und zum Aufstieg Mannheims als Zentrum der Literatur, der Wissenschaften, der Kunst, der Musik und des Kommerz einer glanzvollen Epoche. Sie endet mit dem dynastisch begründeten Umzug der Wittelsbacher nach München.

Begeistert kamen die VDR'ler auch von diesem Ausstellungsteil zurück und ließen den Besuch im C-five-Café des Museums den Nachmittag ausklingen. Die Ausstellung ist noch bis zum 2. März 2014 in Mannheim zu sehen.

### Die Ausstellung „Königreich Pfalz“ im Historischen Museum in Speyer hat schon im Frühjahr mehr als zwanzig VDR'ler begeistert.

Die Ausstellung beleuchtete, quasi als Fortsetzung der Mannheimer Zeit, die Regentschaft der bayrischen Könige von 1816 bis 1918 über die linksrheinische Pfalz von München aus. Auch hier trafen sich die Teilnehmer – nach einer aufschlussreichen Führung – im Museumsca-

fé, um das Erlebte nachklingen zu lassen, bzw. mit Kolleginnen, Kollegen und Ehemaligen, ins Gespräch zu kommen.

### VDR Kooperation mit den Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim

Der VDR-Bezirksverband Neustadt hat unter Federführung von Gudrun Deck eine Kooperation mit den Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim vereinbart. Zu Sonderausstellungen bieten die Partner eine eintägige Fortbildung für interessierte Kolleginnen und Kollegen an. Die Veranstaltung ist vom PL als „dienstlichen Interessen dienend“ anerkannt. Die Teilnehmer erleben eine Führung durch die Ausstellung und werden mit dem Unterrichtsmaterial für Schüler vertraut gemacht. Premiere war bei der „Medici“-Ausstellung, und die zweite erfolgreiche Veranstaltung fand im November bei der „Wittelsbacher“-Ausstellung statt.



Gudrun Deck  
deck.gudrun@vdr-rlp.de



► SPEYER UND TREIS-KARDEN IM OKTOBER 2013

## Fortbildung für Schulpersonalräte



Über 130 zum großen Teil neugewählte Personalvertreter örtlicher Personalräte nahmen an den Veranstaltungen des VDR in Speyer und Treis-Karden teil und wurden zu grundlegenden Inhalten der Personalratsarbeit geschult. Dabei wurde die Gelegenheit zur Vorstellung der jungen Vertreter des VDR in den Stufenvertretungen von HPR und BPR Realschulen plus und IGS mit ihren Beiträgen genutzt.



Bengjamin Bajraktari (VDR) und VDR-Justiziarin Antonia Dufeu

Fotos: Wü

Bengjamin Bajraktari (BPR RS plus) und Katharina Becker (HPR RS plus) informierten über Aufgaben, Rechte und Pflichten des Personalrats, Regina Bollinger (BPR IGS) und Andreas Hinrichs (HPR IGS) widmeten sich in Speyer dem Bereich der Geschäftsführung und Saskia Tittgen (Ersatzmitglied BPR RS plus) referierte zum Thema ‚Vierteljahresgespräch‘. Alle Vorträge wurden von Übungen an Fallbeispielen ergänzt, die aus der alltäglichen Praxis der

Arbeit örtlicher Personalräte abgeleitet waren. Als Gastreferentin sorgte Rechtsanwältin Frau Antonia Dufeu mit ihrem Referat zum Thema „Facebook – Verhalten in sozialen Netzwerken“ für Rechtssicherheit für Lehrer beim Umgang mit modernen Kommunikationswegen.

Während der Vorträge und in den Frageblöcken konnten viele Fragen zur Arbeit örtlicher Personalvertretungen geklärt und konkrete Ratschläge zur Bewältigung von Alltagssituationen geben werden. Dabei kam das Thema „Mehrarbeit“ wiederholt zur Sprache. Vom MBWWK wurde bereits ein Entwurf zur Novellierung der Mehrarbeitsverordnung vorgelegt. Michael Eich (HPR RS plus) in Speyer und Timo Lichtenthäler (HPR RS plus) in Treis-Karden informierten die Teilnehmer über diesen Entwurf und die weiteren zurzeit dem HPR RS plus vorliegenden Gesetzesentwürfe und Verwaltungsvorschriften und über die Zusammenarbeit der örtlichen Personalräte mit den Stufenvertretungen.

Erwin Schneider (BPR RS plus) gab wichtige Hinweise auf das neue Besoldungs- und Versorgungsrecht in Rheinland-Pfalz.

Die Organisatoren der Veranstaltungen verabschiedeten die Teilnehmer mit dem Hinweis auf die Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit den VDR-Personalvertretern zur Klärung weiterer Fragen der Arbeit in den örtlichen Personalräten und den Hinweisen auf die nächsten VDR ÖPR-Schulungen im Mai 2014 hin.



Martin Radigk  
radigk.martin@vdr-rlp.de

► FACEBOOK & CO:

## Lehrer in sozialen Netzwerken



Für die Personalräteschulung in Speyer und Treis-Karden konnte Antonia Dufeu, Rechtsanwältin für Medienrecht, als Referentin gewonnen werden. Sie hat den Teilnehmern in anschaulicher Weise die Vor- und Nachteile der Nutzung von Facebook nähergebracht sowie die Gefahren dieses „Sozialen Netzwerkes“ anhand von Beispielen dargestellt.

Immerhin hat dieses Forum weltweit 800 Millionen Nutzer, 20 Millionen davon in Deutschland. Es wird empfohlen, dass Lehrkräfte keinen dienstlichen Kontakt mit Schülerinnen und Schülern per Facebook pflegen sollten. Die Trennung von dienstlichem und privatem Kontakt sei auch nötig, weil der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule mit dem Geschäftsmodell von Facebook – einer Auswertung persönlicher Daten für kommerzielle Zwecke – nicht zu vereinbaren sei, heißt es zur Begründung aus dem Ministerium. Schließlich ist es Facebook möglich, E-Mails mitzulesen und das E-Mail-Adressbuch der Teilnehmenden zu scannen.

Schulen sollten auch davon Abstand nehmen, den „Gefällt mir Button“ von Facebook z.B. auf ihrer Schulhomepage zu platzieren. Von jedem, der dieses Icon anklickt, wird die IP-Adresse gespeichert und es wird ein sogenannter „Cookie“\* gesetzt. Datenschützer kritisieren schon lange, dass diese Vorgehensweise von Facebook immer noch nicht verboten wird.

### Fotos im Netz

Immer wieder werden gerne Bilder in Facebook hochgeladen. Um sein Bild nicht überall im Netz wiederzufinden, sollte man unbedingt die Einstellung „nur mit Freunden teilen“ wählen. Wenn einer der „Freunde“ jedoch das Bild „weiterpostet“, kann es die gesamte Öffentlichkeit sehen und herunterladen. Es besteht zwar der Anspruch, dass das Bild wieder gelöscht wird, schließlich liegt ein Rechtsverstoß vor, aber es wird schwierig nachzuvollziehen, wer es inzwischen auf dem heimischen Rechner gespeichert hat. Somit stellt sich die Frage, wie man als Lehrerin und Lehrer

### Was ist eigentlich ein „Cookie“?

*Es handelt sich um eine Textinformation, die die besuchte Website im heimischen Rechner platziert.*

*Der Rechner z. B. des Facebooknutzers sendet die Cookie-Information bei späteren, neuen Besuchen dieser Seite wieder an den Server.*

*Angeblich wurde der Name von „Keks“ abgeleitet, weil Cookies wie Krümel eines Kekses auf dem Rechner bleiben, obwohl der Keks bereits gegessen ist, also die Seite schon wieder geschlossen wurde.*



mit Bildern von Schülerinnen und Schülern verfahren soll, die z. B. während eines Schulfestes aufgenommen wurden. Wenn es sich um eine öffentlich zugängliche Schulveranstaltung handelt, dürfen diese Bilder publik gemacht werden, aber nur, wenn sie nicht peinlich für die abgebildeten Kinder sind, so die Rechtsanwältin Dufeu. Anders verhält es sich, wenn die Aufnahmen während einer klasseninternen Weihnachtsfeier aufgenommen wurden. Dann können die Teilnehmer davon ausgehen, dass sie lediglich den Anwesenden, z. B. über eine Bildergalerie in der Klasse, zur Kenntnis gebracht werden.

**Gemeinsamen Konsens für die Schule finden**

Bilder werden ja nicht immer mit dem Wissen und Einverständnis derjenigen gemacht, die dann darauf zu sehen sind. Diese Aufnahmen dürfen selbstverständlich nicht veröffentlicht werden. Hieraus ergibt sich für Lehrkräfte möglicherweise ein Problem bei Klassenfahrten. So gut wie jedes Kind besitzt ein Handy mit einer Aufnahmefunktion und Internetfähigkeit. Immer wieder werden diese benutzt, um Mitschüler in peinlichen Situationen abzulichten. Dem könnte man entgegenwirken, indem für Klassenfahrten ein Handyverbot ausgesprochen wird. Es ist jedem einleuchtend, dass ein solches Verbot schwer zu kontrollieren ist und eventuell auf den Widerstand der Eltern stößt, die ihre Kinder gerne rund um die Uhr erreichen möchten. Hier gilt es (vielleicht auch für jede Schulgemeinschaft insgesamt), für sich

selbst eine klare Linie zu finden und diese nach außen konsequent zu vertreten.

Wir empfehlen: Lehrkräfte sollten für dienstliche Angelegenheiten (z.B. Verteilung der Bilder von Klassenfahrten) auf soziale Netzwerke verzichten und hierfür andere Wege und Medien (Stick oder CD-ROM) nutzen.

*Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VDR und selbstständige Rechtsanwältin mit Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung Schule. Medien.Recht. (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP) Neben Ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach, und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.*



► KUNSTHALLE MANNHEIM:

## Dix/Beckmann: Mythos Welt

Die Ausstellung Mythos Welt zeigt bis zum 23. März 2014 Schlüsselwerke aus bedeutenden Museen und Privatsammlungen und „eröffnet einen spannenden Parcours durch die Lebenswerke des ungleichen Malerpaars Otto Dix und Max Beckmann, die sich persönlich offenbar nie begegnet sind.“

Unser Bild zeigt die VDR-Organisationsreferentin Gudrun Deck im Gespräch mit Dr. Dorothee Höfert. Im Rahmen der Teachers' Night planten sie eine Veranstaltung für den VDR Rheinland-Pfalz im kommenden Frühjahr. Die Einladungen dazu erfolgen über die VDR-Delegierten.

Wü







„Happy Birthday!“

Der VDR gratuliert und wünscht Gesundheit und Gottes Segen für das neue Lebensjahr!

## Bezirk Neustadt

<b>93. Geburtstag</b>	Peter Nußbaum	17. Dezember
<b>87. Geburtstag</b>	Walter Kallenbach	26. Dezember
<b>86. Geburtstag</b>	Inge Pieroth	20. Oktober
<b>84. Geburtstag</b>	Wolfgang Panzer	17. Oktober
<b>83. Geburtstag</b>	Günther Kohl	23. Oktober
<b>81. Geburtstag</b>	Rudolfine Zehetner	22. Dezember
<b>79. Geburtstag</b>	Johannes Hoffmann	12. Oktober
	Reinhold Glock	3. Dezember
<b>78. Geburtstag</b>	Herbert Grunwald	30. Oktober
	Heribert Brechter	5. November
<b>76. Geburtstag</b>	Klaus Kiefer	5. Dezember
	Oskar Francke	22. Dezember
<b>72. Geburtstag</b>	Erika Ellrodt	26. Oktober
	Hildegard Lee	4. November
	Christel Greiner	29. November
	Ulrike Reuter-Schneider	9. Dezember
<b>71. Geburtstag</b>	Irmela Schamp	9. Oktober
	Ingrid Gärtner	12. Oktober
	Rita Alterauge-Asmuth	24. Oktober
	Walter Frank	24. Oktober
	Uta Walter	5. November
	Ingrid Drewing	13. Dezember
	Heidi Ackermann	31. Dezember
<b>70. Geburtstag</b>	Otto Hauck	13. Dezember

## Bezirk Koblenz

<b>85. Geburtstag</b>	Luise Löwer	26. Oktober
<b>78. Geburtstag</b>	Luise Tonn	27. November
	Klaus-Peter Wyrwoll	28. November
<b>77. Geburtstag</b>	Günter Tretschok	15. Dezember
<b>76. Geburtstag</b>	Edwin Langer	3. Oktober
<b>74. Geburtstag</b>	Jürgen Helbach	16. Oktober
<b>73. Geburtstag</b>	Wolfgang Kaiser	1. Dezember
<b>72. Geburtstag</b>	Hanns-Jürgen Meurer	28. Oktober
	Renate Schulze	9. November
	Ernst Schäfer	11. November
	Winfried Schley	12. Dezember
<b>71. Geburtstag</b>	Ingrid Seume	4. Oktober
	Rolf Monnerjahn	29. Oktober
	Hans-Jürgen Reih	17. November
<b>70. Geburtstag</b>	Gunhild	
	Schulte-Wissermann	23. Oktober
	Bernd Kreuzer	15. November

## Bezirk Trier

<b>99. Geburtstag</b>	Karl Denkel	19. Dezember
<b>86. Geburtstag</b>	Horst Faust	27. November
<b>80. Geburtstag</b>	Irmund Becker	31. Oktober
	Bernhard Heisig	4. November
<b>77. Geburtstag</b>	Eduard Gerten	14. Oktober
	Berthold Becker	15. Dezember
<b>76. Geburtstag</b>	Gerd Leibenguth	23. Oktober
	Heinz-Albrecht Becker	17. Dezember
<b>75. Geburtstag</b>	Hans Jung	29. Oktober
<b>74. Geburtstag</b>	Paul Schwab	2. Oktober
	Friedel-Norbert Müller	21. November
	Hans-Jürgen Vogt	22. Dezember
<b>70. Geburtstag</b>	Gerd Schwerdtner	22. Oktober
	Enno Harms	20. Dezember

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.

## VDR-Handbuch aktualisiert

### Das ist der Inhalt der 53. Ergänzungslieferung

Aktualisiert werden das **Inhaltsverzeichnis** (1.1), Das Verzeichnis der **Musterbriefe und Vordrucke** (1.1 - Seiten 11ff.), das **Stichwortverzeichnis** (1.4), das Verzeichnis „**Wichtige Adressen**“ (1.18), **Aktuelle Informationen zu Streuerfragen** (5.40.2) und die „**Ferientermine**“ (16.4)

#### Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet werden folgende Beiträge:

- 4.36 **Rainer Gierlich** informiert in der Aktualisierung seines Beitrags „**Altersteilzeit neuer Form für beamtete Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz**“ u. a. über die Neuregelungen innerhalb der letzten Jahre. Nach derzeitiger Gesetzeslage endet die Möglichkeit für die Beantragung am 31.12.2016.
- 5.40.4 Der Beitrag „**ABC der Werbungskosten**“ wird von **Hartmut Ross** im Licht der aktuellen steuerrechtlichen Entwicklungen neu bearbeitet. Vorrang hat die Aktualisierung der Buchstaben „B“ und „R“. Stichworte sind u. a. Bewirtungskosten, Bücher, Büromaterial und Reisekosten.
- 14.10.2 Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell, das seine Wurzeln im deutschsprachigen Raum hat. Ihre Partner sind die Ausbildungsbetriebe und die Berufsschule, die wichtigste Schulform innerhalb der Berufsbildenden Schule. **Georg Jooß** legt mit dieser Lieferung die Überarbeitung seines Beitrags „**Berufsbildende Schulen - Die Berufsschule**“ vor.
- 16.3 Das Kapitel **Termine für Lehrkräfte** wird von **Martin Radigk** nicht nur aktualisiert, sondern auch ausgedehnt und neu strukturiert. Er ergänzt die Fundstellenhinweise auch um Internet-Links und gibt Verfahrenshinweise.
- 19.1 **Judith Hartigs** Neufassung des Beitrags „**Datenschutz an rheinland-pfälzischen Schulen**“ erfolgt wegen des Umfangs in zwei Teilen. Der Aufsatz wird an die aktuelle Rechtslage angepasst und erweitert um Aspekte der Datenübermittlung an Private, der Facebook-Präsenz von Schulen und der Verwendung von Social Plugins auf der Schulhomepage. Die Kapitel 8–14 werden in der ErgLfg 54 aktualisiert.

Wü



Das VDR-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 29 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VDR-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.

## Bezirksverband Neustadt trauert um Hartmut Hauck †



Hartmut Hauck unterrichtete zwei Jahrzehnte an der Konrad-Adenauer-Realschule in Landau, kurz KARS genannt. Weitere Stationen seiner schulischen Arbeit waren Annweiler, Neustadt und Edenkoben. Er war eine der prägenden Lehrerpersönlichkeiten, der die Schulart Realschule insgesamt ihre Wertschätzung und Bedeutung verdankt.

Mit der von ihm gegründeten Schuldruckerei KARS-DRUCK schuf er eine in Rheinland-Pfalz einmalige pädagogische Institution, die nach den Prinzipien der Gutenberg-Druckerei

arbeitete. Diesen pädagogischen Ansatz gab er sowohl in Fortbildungsveranstaltungen an Kolleginnen und Kollegen als auch in der Lehrerausbildung an den pädagogischen Nachwuchs weiter.

Überregional bleibt Hartmut Hauck als Fachberater der evangelischen Kirche, als Schulbuchgutachter und durch seine Tätigkeit am Pädagogischen Zentrum in Erinnerung. Innerhalb des VDR war er ein engagierter Verfechter einer qualifizierten Lehrerausbildung. Unsere Verbandszeitschrift begleitete er viele Jahre durch konstruktive Anregungen und Leserbriefe.

Wir werden Hartmut Hauck in guter Erinnerung behalten.

*Wolfgang Wünschel*

## Bezirksvorstand Koblenz gedenkt des ehemaligen Bezirksvorsitzenden Lothar Hüscher †



Am 25. August verstarb Lothar Hüscher im Alter von 77 Jahren. Lothar Hüscher gehörte seit seiner ersten Anstellung zu den VDR-Mitgliedern im Bezirk Koblenz und wurde 1972 zum Bezirksvorsitzenden als Nachfolger von Klaus-Peter Wyrwoll gewählt. Seine Wiederwahl 1975 für weitere drei Jahre bestätigte seine erfolgreiche Arbeit.

Seine erste Planstelle erhielt Lothar Hüscher an der Clemens-Brentano-Realschule in Koblenz, wo er die Fächer Englisch und Erdkunde erteilte. Später unterrichtete er auch das Wahlpflichtfach Wirtschafts- und Sozialkunde. Schon 1971 wurde er Konrektor an der Bertha-von-Suttner Realschule

in Betzdorf unter der Leitung von Frau Luise Löwer. Im Jahr 2000 wurde Lothar Hüscher von der Schulgemeinschaft verabschiedet und trat in den wohlverdienten Ruhestand.

Lothar Hüscher gehörte zu der Generation, die sich für die noch recht junge Schulart Realschule aktiv einsetzte und dafür sorgte, dass diese Schulart neben dem Gymnasium und der Hauptschule auch per Gesetz, damals unter dem Kultusminister Bernhard Vogel und der Nachfolgerin Hanna-Renate Laurien, anerkannt wurde. 1976 fand eine VDR-Versammlung in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz statt, zu der Lothar Hüscher eingeladen hatte und in der Kultusministerin Laurien zum Bestand der Realschule Stellung beziehen musste.

In einer Schweigeminute gedachte der Bezirksvorstand Koblenz während der Bezirksversammlung am 12. November 2013 des Verstorbenen. Seiner Ehefrau, Charlotte Hüscher-Ripplinger, ehemalige Kollegin und VDR-Mitglied, sprechen wir unsere tiefe Anteilnahme aus.

*Margit Lenarz*



## Bezirksvorstand Koblenz trauert um Erwin Hermen †



Am 2. September verstarb der Mayener Kollege Erwin Hermen im Alter von 77 Jahren. Erwin Hermen unterrichtete die Fächer Mathematik, Physik und Chemie. Seine erste Stelle trat er 1962 in Mendig an der Realschule an und wechselte dann an die Albert-Schweitzer-Realschule Mayen, wo er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2000 unterrichtete.

Erwin Hermen trat früh in den Verband ein und engagierte sich vor Ort. Er unterstützte die Kolleginnen und Kollegen

der Bezirks- und Landesvorstände durch seine regelmäßige Teilnahme an den Veranstaltungen des VDR.

Der Familie von Erwin Hermen drücken wir unsere tiefe Anteilnahme aus.

Margit Lenarz



### ► LESERBRIEFE

#### Sehr geehrter Herr Lichtenthäler,

*vielen Dank für die Einladung zur Bezirksversammlung. Leider kann ich an der Versammlung nicht teilnehmen. Der Weg von Hannover nach Waldesch ist einfach zu weit.*

*Ich freue mich, dass ich durch die VDR-Publikationen fern ab vom ehemaligen Dienort und -land so vortrefflich auf dem Laufenden gehalten werde. Ich staune immer wieder über die Professionalität, mit der unser Anspruch an uns selbst – als Lehrende – und unsere Forderungen an die Gesellschaft hier vorgetragen werden. Es macht mich in gewisser Weise stolz, wenn auch jetzt nur als Pensionär, der Realschullehrerschaft besonders von Rheinland-Pfalz anzugehören. Sie leistet immer noch gute Arbeit, und ihre Interessen werden durch kompetente VDR-Verantwortliche sachlich (was mir gefällt) und nie polemisierend vertreten.*

*Ich wünsche der Versammlung einen guten, harmonischen Verlauf und grüße besonders Frau Lenarz und Herrn Karst.*

Mit kollegialem Gruß

Ernst Pobloth

Realschulrektor i.R.

ehemals Heinrich-Heine-Realschule Neuwied


 KlarText!

## Inklusion: Vorsicht „Herzensangelegenheit“!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Inklusion sei eine „Herzensangelegenheit“ – so jedenfalls lassen sich Vertreter aus Politik und Gesellschaft gerne zitieren, wenn es um das Thema Inklusion geht. Bleibt man in diesem Bild und betrachtet, was seit der Ratifizierung der UN-Behindertenkonvention im Jahre 2009 konkret unternommen wurde, so kommt man zu der Schlussfolgerung, dass es in Deutschland viele „kalte Herzen“ bei den politischen Entscheidern gibt.

Den schönen Reden von der „Herzenangelegenheit Inklusion“ folgen bestenfalls halbherzige Taten bei der Unterstützung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen. Die Landesregierungen verfahren nach dem uns schon bekannten Muster: Die „Herzenangelegenheit Inklusion“ wird den Schulen per Gesetz und Verordnung als allgemeine Aufgabe übertragen und bei der Umsetzung setzt man weniger auf stringente Konzepte und konkrete Unterstützungsangebote, als auf den kostenneutralen Idealismus der Lehrkräfte. Unsere Kolleginnen und Kollegen wissen inzwischen, dass den Reden von der „Herzenangelegenheit“ und „Herausforderung“ Inklusion gedanklich immer die relativierende Ergänzung beigefügt werden muss, dass sich „unsere Lehrkräfte dieser Herausforderung unabhängig von der Finanz- und Ressourcenfrage werden stellen müssen.“

Kritikern, die auf die Schieflage von Anspruch und Wirklichkeit in Sachen Inklusion hinweisen, weht oft ein eisiger Wind entgegen, denn „Inklusion eigne sich nicht für Zuspitzungen. Zynismus und Polemik verbiete sich.“ Wir fragen uns: Ist es nicht Zynismus, von Inklusion als einer Herzensangelegenheit zu sprechen, aber nicht danach zu handeln, sodass die warmen Worte leider ohne

Folgen bleiben? Ist es nicht Zynismus, ein weltweit anerkanntes Förderschulsystem abzubauen, ohne den betroffenen Kindern und Eltern eine glaubwürdige Alternative zu bieten?

**KlarText:** Inklusion wird in Deutschland scheitern, wenn die politisch Verantwortlichen nicht endlich begreifen, dass die „Herzenangelegenheit Inklusion“ ohne umfassende Investitionen in die Personal-, Sach- und Raumausstattung der damit beauftragten Schulen nicht zu bewältigen sein wird. Allein der Idealismus der Lehrkräfte kann bei mangelhafter bzw. ausbleibender Unterstützung die Inklusion nicht tragen.

PS: In Rheinland-Pfalz wurde den Gewerkschaften und Verbänden in den Herbstferien (!) der Entwurf einer Novelle des Schulgesetzes vorgelegt. Eltern soll ein vorbehaltloses Wahlrecht „zwischen einem inklusiven Angebot in einer Schwerpunktschule und einem (...) Schulangebot in einer Förderschule“ ermöglicht werden. Dieses Wahlrecht, liebe Leserinnen und Leser, wird als „Herzstück“ der Novelle bezeichnet.



# Beitrittserklärung

**Verband Deutscher Realschullehrer  
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich  
Schatzmeister Wolfgang Seebach  
Unterstraße 19  
56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49  
Fax: 0 32 12/9 65 73 31  
E-Mail: schatzmeister@vdr-rlp.de**

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule/Dienststelle	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A .....  TV-L .....
- Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ..... Wochenstunden
- Ich bin Lehramtsanwärter/in  Mein/e Ehepartner/in ..... ist bereits VDR-Mitglied

## Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Mit der Speicherung meiner Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
nur, wenn bekannt	IBAN	BIC
Ort	Datum	Unterschrift

## VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

### Ab 1. April 2010 gilt folgende Beitragsstaffelung:

	Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
Beamte	A 16		15,50
	A 15		14,50
	A 14		13,-
	A 13		12,-
	A 12	oder darunter	11,-
	A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
	A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,-
	A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,-
	Lehramtsanwärter		3,-
	Pensionäre		6,-
Angestellte	Ehegatten	bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte:	6,-
	TV-L	Vollbeschäftigung	10,-
	TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,-
	TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,-
	Rentner		6,-

### Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15–21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

### Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

### Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepaare (ein Vollzahler + 6 €).

### Lehramtsanwärter-Spezial

Durch Beschluss des Geschäftsführenden Landesvorstandes vom 19. Mai 2011 wurde der Beitrag für Lehramtsanwärter bei Eintritt ab 1. Februar 2012 auf den ermäßigten Beitragsatz von 3,- € festgelegt.

**Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.**







**Verband Deutscher Realschullehrer**  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



**Im Grunde sind es immer die Verbindungen  
mit Menschen, die dem  
Leben seinen Wert geben.**

Wilhelm von Humboldt

## Wir wünschen Ihnen einen guten Start ins neue Jahr.

Wir haben uns in diesem Jahr entschieden, auf den Versand von Neujahrsgrüßen zu verzichten. Stattdessen spenden wir einen Betrag an eine Organisation zugunsten der Opfer der Taifun-Katastrophe auf den Philippinen.



„like us“ auf facebook.com: VDR RLP

[www.vdr-rlp.de](http://www.vdr-rlp.de)